

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 13. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 16. Oktober 2013
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 20.55 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Ines Weihrauch, Rechtsdienst
Nils Wicki, Volontär

Gäste:

Entschuldigt: Beatrice Hecklin, Ueli Keller, Jacqueline Misslin, Stefan Tomek,
Nedim Ulusoy

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, betreffend **Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 1'350'000.00 inkl. MWST für die Sanierung des Doppel-Kindergartens „Schlappenmatten“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4148 / A
 2. Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, betreffend **Anpassung der Steuerungsinstrumente Teilprojektauftrag der Kosten-/Leistungsrechnung**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3895D
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 07.05.2013, betreffend
Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 – 2018
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4128

4. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013, zum Postulat von Susan Vogt, FDP, vom 05.09.2012, betreffend **Wahlhilfe für stimmberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4091 / A

5. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 23.01.2012, betreffend **„Projekt Skulpturenpfad Allschwil“**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4048 / A

6. Interpellation von Stephan Wolf, Philippe Hofmann, Kurt Kneier, Franz Vogt, Evelyne Roth, Peter Brack, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 24.04.2013, betreffend **Jugend Treff Allschwil (JTA): Von Heinz Kraus zu Daniel Schäfer**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4139 / A

7. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend **Armutsbericht**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4118

8. Postulat von Franz Vogt und Evelyne Roth, CVP-Fraktion, vom 23.01.2013, betreffend **Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil zum Bahnhof SBB**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4122

9. Postulat von Julia Gosteli, Patrick Lautenschlager und Rita Urscheler, Grüne, vom 18.04.2012, betreffend **Neuerwerbungen von Maschinen und Geräten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4069

10. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 22.04.2013, betreffend **Wohnen für alle – Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4137

11. Postulat von Franz Vogt, Evelyne Roth, Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Rolf Adam, Philippe Adam, Stephan Wolf und Peter Brack, CVP-Fraktion, vom 22.05.2013, betreffend **Veloweg Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4143

12. Postulat von Ruedy Breitenstein und Christoph Benz, Grüne, vom 13.06.2013, betreffend **Ergänzung der Bänke beim Allschwiler Weiher**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4144

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 13 vom 16. Oktober 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Andreas Bammatter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Andreas Bammatter, Präsident: Guten Abend, ich begrüße alle herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Ich habe ein Rücktrittsschreiben zu verlesen: „Rücktritt aus dem Einwohnerrat. Geschätzter Andreas Bammatter, liebe Ratsmitglieder. Nach reiflicher Überlegung und aufgrund erfreulicher Umstände werde ich per sofort aus dem Einwohnerrat zurücktreten und mein Amt an jemand anderes aus der EVP weitergeben. Weil ich kommentarlose Rücktrittsschreiben nicht mag und ich immerhin auf fünf meist erfreuliche Jahre der intensiven Zusammenarbeit mit euch Ratsmitgliedern zurückblicken darf, sage ich vorweg soviel. Wir haben in den letzten Jahren viel diskutiert über Wohnen im Alter, erneuerbare Energien, verdichtetes Bauen, gesunde Finanzen, Biodiversität und die Bedürfnisse der Jugendlichen. Dem werde ich den kommenden Jahren im Privaten noch mehr Gewicht beimessen. Damit ich mich nicht halbieren muss, ist nun der Zeitpunkt für einen Wechsel gekommen, den ich sowieso geplant habe. Ich danke für die gute Zusammenarbeit und wünsche euch alles Gute und Gottes Segen. Mit freundlichen Grüßen Christoph Benz. Mit besonderem Dank an Herrn und Frau Gloor für die freundliche Bewirtung.“ Christoph Benz hat mir noch am Telefon erklärt, was erfreuliche Umstände sind. Er konnte ein Haus kaufen und wird das umbauen, so wie er es im Rücktrittsschreiben geschrieben hat, verdichtetes Bauen, gesunde Finanzen und Biodiversität. Ich danke an dieser Stelle Christoph sehr herzlich für sein Engagement. Sein plötzlicher Austritt hat auch zur Folge, dass bereits sein Nachfolger, Christoph Ruckstuhl, hier ist. Ich begrüße dich sehr herzlich, du bist in der Politik im Vordergrund noch nicht so bekannt. Im Hintergrund hast du bereits jahrelange Erfahrung, indem du im Wahlbüro an ziemlich oberster Stelle warst und dort geschaut hast, dass alles richtig läuft. Herzlich willkommen hier bei uns im Rat.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Der Gemeinderat hat darum gebeten, dass er am Anfang das Wort hat. Ich gebe das Wort an die Stellvertretung Gemeindepräsident, Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich bin froh, dass ich Ihnen am Anfang der heutigen Sitzung zwei bis drei wichtige Informationen übermitteln kann. Die erste Information betrifft die Kündigung von Sandra Steiner als Gemeindeverwalterin auf der Gemeinde Allschwil. Sie haben das sicher bereits in der Presse gelesen, trotzdem ist es wichtig, dass ich ein paar Informationen dazu sagen kann. Sandra Steiner hat ihre Stelle als Gemeindeverwalterin mit Schreiben vom 30. September 2013 bei mir gekündigt und persönlich deponiert. Unter Einhaltung der Kündigungsfrist von drei Monaten wird sie formell ihre Stelle Ende Dezember 2013 beenden. Dies, nachdem sie im Jahr 2007 bei uns eingetreten ist. Frau Steiner wird ihr privates und berufliches Umfeld in den Kanton Bern verlegen, dort, wo seit einiger Zeit ihr Mann eine Anstellung hat. Die Kündigung von Frau Steiner wurde bei mir persönlich abgegeben und gleichzeitig der Personalabteilung eingereicht. Am nächsten Tag hat Sandra Steiner die ganze Belegschaft per Mail informiert. Gleichzeitig hat sie die übrigen

Gemeinderäte per Telefon orientiert. Dies wegen der Ferienzeit, weil man sonst nicht kommunizieren konnte, und der eine oder andere Gemeinderat abwesend war. Wegen der Ferienzeit hat sich die offizielle Mitteilung an alle verzögert. Sie wurde erst am Dienstag, 08. Oktober, an die Medien verteilt mit einer offiziellen Medienmitteilung, welche publiziert wurde. Heute darf ich Sie im offiziellen Rahmen an der Einwohnerratssitzung informieren. Der Gemeinderat bedauert den Weggang von Sandra Steiner ausserordentlich und bedankt sich bereits heute für ihre geleisteten Dienste im Namen aller Einwohner und Einwohnerinnen der Gemeinde Allschwil. Der Gemeinderat versteht ihren Entschluss. Wer möchte es Frau Steiner verübeln, neu die Stelle als stellvertretende Generalsekretärin der Bau- Verkehrs und Energiedirektion des Kanton Bern zu übernehmen. Sie wird neu 60 Direktunterstellte haben und dort verantwortlich sein für 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gleichzeitig ist sie verantwortlich für CHF 520'000'000 Investitionssumme pro Jahr. Dies nur zum Zeigen, dass es ein weiterer Schritt in der Karriere von Frau Steiner ist. Gleichzeitig hat sie auch die Chance, dass sie näher zu ihren Bergen kommt. Ich weiss persönlich, dass Sandra Steiner ihre Freizeit gerne in der Natur verbringt, egal ob per Velo oder zu Fuss. Sie verbringt am allerliebsten ihre Freizeit in der Natur und in den Bergen. Bern liegt natürlich etwas näher bei den Bergen als die Gemeinde Allschwil. Dies ist wahrscheinlich mit ein Grund, weshalb sie diesen Schritt gemacht und sich entschieden hat, von der Gemeinde Allschwil wegzugehen. Ich weiss aus einem persönlichen Gespräch mit ihr, dass dieser Entscheid für sie nicht einfach war. Sie geht nicht einfach weg von Allschwil. Sie geht mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Sie hat ihre Arbeit auf der Gemeinde gern gemacht, und sie hat sich mehrmals überlegt, ob sie diesen Entscheid fällt. Schlussendlich hat sie ihn gefällt und der Gemeinderat Allschwil nimmt diesen Entscheid zur Kenntnis und schaut jetzt weiter. An dieser Stelle möchte ich offiziell Frau Steiner für ihre Arbeit danken. Dies mache ich nicht nur im Namen des Gemeinderates, sondern auch im Namen von Ihnen allen Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen. Das ist die erste Hiobsbotschaft, aber meistens kommt ja nicht eine alleine. Nachdem ich das Ganze mit Frau Steiner besprochen habe, kam Frau Weihrauch zu mir am Montag, 14. Oktober. Sie hat mir mitgeteilt, dass sie die Gemeinde Allschwil verlassen möchte. Sie hat ihre Kündigung per Ende Dezember 2013 eingereicht. Frau Weihrauch hat für unsere Gemeinde seit Dezember 2011 den sogenannten Rechtsdienst geleitet. Sie ist die juristische Seele unserer Gemeindeverwaltung. Ich möchte auch Frau Weihrauch bei dieser Gelegenheit sehr herzlich für ihren Einsatz danken. Frau Weihrauch möchte sich beruflich verändern, das darf man ihr nicht verübeln. In der Gemeinde Allschwil war sie als Juristin mit sehr verschiedenen Themen konfrontiert. Da gab es nicht einen Bereich, in den man sich vertiefen konnte, sondern es gab viele verschiedene rechtliche Fragen, welche sie bearbeiten musste und durfte. Frau Weihrauch möchte sich spezialisieren und wegkommen von dem sogenannten Allgemeinjurist. Sie möchte sich in einem Bereich spezialisieren, das ist ihre berufliche Veränderung, welche sie ins Auge fasst. Das ist der Grund, weshalb sie ihre Kündigung eingereicht hat. Auch dies dürfen wir ihr nicht verübeln, jeder macht seinen Weg. Sie alle wissen, dass es kaum einen Betrieb gibt, wo nur Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen da sind, welche mehr als 10 Jahre da arbeiten. Aufgrund dieser zwei Mitteilungen hat sich der Gemeinderat intensiv mit verschiedenen Fragen auseinandergesetzt. Er ist heute Vormittag an einer ausserordentlichen Gemeinderatssitzung zusammengekommen und hat folgende Auslegeordnung analysiert. Sandra Steiner wird angesichts ihrem noch vorhandenen Ferienguthaben und aufgrund ihrer Überzeit ihren letzten Arbeitstag auf der Gemeinde Allschwil bereits Ende November 2013 haben, das ist eine Tatsache. Bis Ende November wird es nicht möglich sein, den Nachfolger von Herrn Schmassmann, ehemaliger Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste und stellvertretender Gemeindeverwalter neu zu besetzen und anzustellen. Es ist davon auszugehen, dass diese Stelle frühestens per anfangs Februar 2014 wieder besetzt werden kann. In diesem Zusammenhang informiere ich Sie gerne darüber, dass die erste Vorstellungsrunde bereits stattgefunden hat für die Nachfolge von Herrn Schmassmann. In dieser Vorstellungsrunde sind vier sehr interessante Bewerbungen dabei. Diese werden jetzt am Montag, 21. Oktober, von mir, Frau Pausa und Sandra Steiner nochmals auf Herz und Nieren geprüft. Ich gehe davon aus, dass wir die Qual der Wahl haben, wen wir schlussendlich anstellen werden. Diese Personen haben auch eine Kündigungsfrist und wir gehen davon aus, dass es frühestens auf 1. Februar 2014 möglich sein wird. Ab 1. Dezember 2013 haben wir folgende Stellen vakant auf der Gemeinde. Die Gemeindeverwalterin und der stellvertretende Gemeindeverwalter, welcher gleichzeitig der Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste ist. Aufgrund dieser nicht ganz einfachen Personalsituation, welche es halt geben kann, hat der Gemeinderat heute Morgen beschlossen, dass die Stelle der Gemeindeverwalterin oder des Gemeindeverwalters unter Beizug einer externen Stellenvermittlungsfirma ausgeschrieben werden soll, das haben wir übrigens auch 2007 gemacht für die Stelle von Frau Steiner. Der Gemeinderat hat auch beschlossen, dass die Stelle juristische Mitarbeiterin oder Mitarbeiter sofort und ohne externen Beizug einer Stellenvermittlungsfirma ausgeschrieben wird. Damit die Gemeindeverwaltung nicht führungslos wird ab dem 1. Dezember 2013, hat der Gemeinderat auch beschlossen, dass wir eine Ad interim-Lösung anstreben. Dafür hat der Gemeinderat mit der Firma bereits Kontakt gehabt und sich

eine Offerte unterbreiten lassen. Sie kennen diese Firma, sie hat auch schon für uns gearbeitet. Es wird möglich sein, dass wir ab 1. Dezember 2013 ad interim eine Lösung haben, nicht zu 100%, aber zumindest zu 60%. Wir werden die notwendigen anstehenden Geschäfte machen können. Zum Schluss und als Vorbereitung für die heutige Einwohnerratssitzung noch folgendes. Die Stimmung auf der Verwaltung ist in keiner Abteilung mies. Wir haben alles topp motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche gerne auf der Gemeindeverwaltung arbeiten. Dies zeigt sich darin, dass wir nebst den beiden Kündigungen, die eingegangen sind, sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, welche seit einigen Jahren für die Gemeinde Allschwil arbeiten. Ich möchte nicht alle auflisten, aber einfach ein paar Beispiel sagen. Andreas Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau ist schon ganz viele Jahre bei uns. Andi Gisske, René Jenny, Didier Doggé, Walter Gross, Beatrice Moser, Heinz Schäfer, Hauptabteilungsleiter Einwohnerdienst - Sicherheit, das sind alles langjährige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Alles in allem haben wir viele Mitarbeiterinnen, welche länger als fünf Jahre auf der Gemeinde Allschwil arbeiten. Wir laden auch jedes Jahr alle Jubilaren ein zu einem Apéro, welche länger als zehn Jahre auf der Gemeinde Allschwil arbeiten. Wir haben auch dieses Jahr wieder so einen Anlass vor uns, das sind mehr als zehn Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Das Bild einer miesen Stimmung repräsentiert dies ganz sicher nicht. Noch etwas, was ich bereits an der letzten Einwohnerratssitzung auf die Frage von Roland Naef mitteilen konnte: Jede Kündigung hat ihren speziellen Grund. Das wissen Sie, wenn Sie im Arbeitsleben stehen. Das wissen Sie auch aufgrund meiner Aussage, die ich letztes Mal gemacht habe. Wer kann es André Schmassmann verübeln, dass er Gemeindeverwalter in Oberwil werden konnte. Wer kann es Frau Steiner verübeln, dass sie mit ihrem Ehemann nach Bern zieht, dort ein neues Umfeld hat und stellvertretende Generalsekretärin der Bau- Verkehrs- und Energiedirektion wird. Und wer kann es Frau Weihrauch verübeln, dass sie sich beruflich verändern möchte. Wir alle verändern uns, die Gemeinde Allschwil verändert sich. Niemand kann es diesen Leuten verübeln und es nicht angezeigt, dass wir in einen Hyperventilier-Mechanismus verfallen. Wichtig ist, dass wir einen kühlen Kopf bewahren und die richtigen Entscheide treffen. Der Gemeinderat hat Ihnen aufgezeigt, welches die richtigen Entscheide sind. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, wir werden eine gute Einwohnerratssitzung haben.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich komme zu den Mitteilungen des Präsidenten. Wie Sie sehen, sitzt aus Ihrer Sicht links von Frau Weihrauch ein Mensch, der zum ersten Mal da ist, Nils Wicki. Er ist der Nachfolger von Michael Preisig und macht bei uns das Volontariat. Er wird sicher auch mehr hier im Saal sein, wenn wir den Abgang von Frau Weihrauch haben. Michael Preisig habe ich das letzte Mal nicht im Rat verabschiedet, wir hatten noch eine Sitzung im Büro, dort habe ich das einigermassen würdig nachgeholt. Ich komme zu den Informationen. Sie haben alle das blaue Blatt erhalten, dass wir bis spätestens am 13. November beim Einwohnerratssekretariat Budgetpostulate einreichen müssen. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen. Die Traktandenliste wurde versendet. Gibt es Anträge zu der Traktandenliste?

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich muss im Namen des Gemeinderates den Antrag stellen, dass wir das Traktandum 2, Anpassung Steuerungsinstrument Teilprojekt Auftrag Kosten/Leistungsrechnung von der Traktandenliste streichen möchten. Zur Begründung führe ich folgendes aus: Ich habe Ihnen vorhin aufgezeigt, welche Stellen vakant sind ab 1. Dezember 2013. Das ist der Hauptabteilungsleiter Zentrale Dienste und die Gemeindeverwalterin, welche vakant sind. Das Projekt Kosten/Leistungsrechnung wurde verwaltungsintern von André Schmassmann geführt, und natürlich auch von Frau Steiner. Beide Mitarbeiter sind immer noch im Projektkernteam zusammen und arbeiten dort mit einem externen Berater, Matthias Gysin, an diesem Projekt. Gemäss Teilprojektauftrag Leistungsrechnung, wie Sie es für die heutige Sitzung erhalten haben, müsste dieses Geschäft in den nächsten Monaten weiter bearbeitet werden, damit wir im Fahrplan gemäss Arbeitspapier voranschreiten können. Aus der Sicht des Gemeinderates ist es offensichtlich, dass es an Manpower fehlt. Wir haben nicht die nötigen Mitarbeitenden, welche dieses Projekt vorantreiben können. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass es richtig ist, dieses Projekt heute nicht zu behandeln und von der Traktandenliste zu streichen. Bitte beachten Sie, dass es nicht darum geht, die Kosten/Leistungsrechnung als Ganzes auf die lange Bank zu schieben. Der Kostenteil, wie wir ihn letztes Mal an der Einwohnerratssitzung beschlossen haben, wird stehen und den werden Sie erhalten, das garantiere ich Ihnen. Es geht nur um den Leistungsteil, welcher die eigentliche Reform von diesem ganzen Kosten/Leistungsrechnungs-Projekt beinhaltet. Jetzt im Moment haben wir dafür nicht die nötigen Stellenprozente, welche dies bearbeiten könnten. Es geht auch nicht darum, dass wir in diesem Bereich nichts mehr machen. Sobald diese Stellen wieder besetzt sind, werden wir an dem Projekt weiterarbeiten, sodass Sie dieses Thema bei nächster Gelegenheit wieder auf der

Traktandenliste finden werden. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dieses Traktandum aus wichtigen Gründen von der Traktandenliste zu streichen.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es dagegen Widerstand? Das ist nicht der Fall, somit ist das Traktandum 2 gestrichen. Mir liegt eine dringliche Motion vor, welche Sie auf dem Tisch haben. Ich bitte den Motionär, Roland Naef, uns über die Dringlichkeit zu informieren.

Roland Naef, parteilos: Ich habe bereits geschrieben, weshalb es für mich dringlich ist. Wir haben es zwar jetzt gehört, wenn jemand geht, dann hat er sicher einen Grund. Die Gründe sind aber manchmal vielfältig. Ich möchte einfach mehr wissen, die Dringlichkeit ist angesagt, damit dies schneller geht, nicht dass wir erst in zwei Jahren ein Resultat haben. Die Kündigungen gibt es, und ich möchte mehr wissen. Ich habe einige Sachen aufgeschrieben, über andere Sachen kann man reden, Punkt 2 – 4. Kurz und bündig, ich stelle den Antrag auf Dringlichkeit.

Jean-Claude Bourgnon, GPK-Präsident: Die GPK ist zu diesem Thema bereits an der Arbeit, wir haben das von uns aus bereits aufgenommen. Wir wehren uns nicht dagegen, wenn Sie uns, wie das der Motionär ausgeführt hat, einen Auftrag geben.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich möchte nur ein paar Sachen mitteilen. Die Motion ist aus der Sicht des Gemeinderates nicht das richtige Instrument, auch wenn dies hier so formuliert wurde. Die Motion bezieht sich immer auf ein Traktandum oder ein Geschäft, welches in der Kompetenz des Einwohnerrates steht. Dieses Thema, um welches es hier geht, nämlich um Anstellungen und das Vorgehen bei Anstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ist klar eine Führungsaufgabe. Führungsaufgaben in diesem Bereich sind Exekutivaufgaben. Darum ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Motion hier nicht richtig ist. Das heisst nicht, dass wir das Geschäft als solches von uns weisen. Der Gemeinderat ist dankbar, wenn Sie bei diesem Thema mitdenken und begrüsst es, wenn Sie sagen, dass die GPK diese Themen aufnehmen soll. Es geht hier hauptsächlich darum, dass die Anträge 3 und 4 so nicht möglich sind.

Andreas Bammatter, Präsident: Entschuldigung, wir sind noch bei der Dringlichkeit.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Danke für den Hinweis. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht vorliegt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nicole Nüssli hat es gesagt, ich habe es Roland auch gesagt, das ist ein falscher Weg. Man möchte möglichst schnell handeln. Ich habe kurz zuhause bei einem Aufweckkaffee eine Interpellation gemacht. Ich lese Sie gerne vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Winter, wir reden zur Dringlichkeit.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Pardon, es geht um die Dringlichkeit. Dies könnte als Interpellation schneller beantwortet werde, eine Motion geht zu lange. Ich mache den Antrag, dringlich zu bleiben, aber etwas, was man schnell umsetzen kann. Wir brauchen Antworten, bevor ein Jahr rum ist.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion hat entschieden, dass wir der Dringlichkeit zustimmen werden. Die Stellenbesetzungen stehen jetzt an. Wir möchten späteren Vorwürfen, dass die Stellenbesetzungen nicht transparent durchgeführt werden, vorbeugen. Wir fanden auch, dass die Motion inhaltlich nicht stimmt.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir von der SP sind auch für die Dringlichkeit, aber nicht für eine Motion. Wenn es eine Motion bleibt, dann sind wir nicht für Dringlichkeit. Wenn es eine Interpellation wird, dann ist die Dringlichkeit gegeben. Ich gebe den Ball Roland Naef.

Roland Naef, parteilos: Ob Interpellation oder Motion oder was auch immer, wenn die Interpellation sinnvoller ist, dann machen wir daraus eine Interpellation. Ich habe im Internet geschaut, was richtig ist. Das einzige, was ich gefunden habe, ist die Motion. Wenn die Interpellation die richtige Form ist, dann machen wir eine Interpellation daraus.

Andreas Bammatter, Präsident: Paragraph 38 beschreibt eine Motion. Es ist wirklich keine Motion, es ist eher Paragraph 45, Verfahrensantrag, man setzt eine Kommission ein. Wir sind uns einig, dass wir diese Kommission einsetzen möchten. Der Kommissionspräsident hat sich selber bereits zu Wort gemeldet. Ich schlage darum vor, dass wir über die Dringlichkeit abstimmen. Wenn die Dringlichkeit bejaht wird, dann besprechen wir dieses Reglement nach der Pause. Dann müsste man das Verfahren laufen lassen oder der Motionär zieht das Ganze zurück, dann wissen wir, dass es dringlich ist. Ich lasse Sie jetzt über die Dringlichkeit abstimmen.

://:

Mit 32 Ja, 0 Nein und 3 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Wir nehmen dieses Traktandum nach der Pause auf.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 21.08.2013, sowie der Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 1'350'000.00 inkl. MWST für die Sanierung des Doppel-Kindergartens „Schlappenmatten“
Geschäftsvertretung:
GR Christoph Morat, Geschäft 4148 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Nicht zum ersten Mal, aber hoffentlich zum letzten Mal darf ich heute Abend ein Geschäft vertreten, das viel Geld kostet. Es wurde mehrfach in den Zeitungen geschrieben, die Gemeinde Allschwil macht einen grossen Hosenlupf in Sachen Bildungsbauten. Das jetzige Sanierungsprojekt des Kindergartens Schlappenmatten ist hoffentlich das letzte, das wir in den nächsten Jahren sanieren. Ich kann mir im Moment nichts vorstellen, was noch ansteht. Der Verpflichtungskredit ist aus der Gemeindeordnung Paragraph 14 Absatz 2b entstanden. Das ist ordentlich budgetiert für das nächste Jahr. Weil aber der Betrag CHF 500'000 übersteigt, gibt es eine Sondervorlage und kann nicht einfach so ins Budget geschmuggelt werden, und es kann konkret hier darüber diskutiert werden. Es handelt sich bei diesem Projekt Schlappenmatten um einen Kindergarten aus den 70er-Jahren. Damals hat das Hans Wirz, bekannter Allschwiler Architekt, erstellt. Es handelt sich um einen einfachen Backstein- und Betonbau ohne Keller notabene. Beat Huesler von Huesler-Architekten in Muttenz hat den Auftrag von der Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung erhalten und er hat eine Analyse erstellt über diesen Ort. Er hat uns ein Projekt vorgestellt, welches uns analytisch richtig dünkt, ökologisch absolut progressiv und er hat einen kindgerechten Umgang mit diesem Ort gefunden. Es liegt ein Bild auf. Auf diesem Bild sieht man die Nutzung und was sich Beat Huesler vorgestellt hat, wie der Bezug von innen nach aussen stattfinden kann, wie die Kinder die Gebäudehülle als integrierten Bestandteil der Anlage benutzen können. Sie können dort sitzen, spielen, hoch- und runterspringen, also genau das, was man braucht, vor allem wenn es nicht so schönes Wetter gibt, dann ist es geschützt. Das vorliegende Projekt liegt stimmig als Sanierung in der Linie der Neubauten, welche wir realisieren. Der Ausbaustandard ist mittlerweile bekannt, es ist eine klare architektonische Sprache, es ist kindgerecht, es ist ein heller freundlicher Arbeitsplatz für die Kindergartenlehrpersonen, und es hat Platz für sämtliche pädagogischen Ansprüche. Der Bezug von innen nach aussen oder von aussen nach innen ist gewährleistet durch die grossen Fenster. Er hat eine geschickte Raumaufteilung gemacht. Auf der rechten Seite ist in der Fassade ein Geräteraum für die Aussenspielgeräte integriert. Er hat sich wirklich etwas dabei überlegt, wie er mit diesem Ort umgeht, wo ein bestehendes Gebäude steht, ohne allzu viel abzureissen. Er hat Möglichkeiten gefunden, um mit den Raumansprüchen auf dem bestehenden Areal möglichst schlank

durchzukommen. Nicht zuletzt hat er sich um die Aussenraumgestaltung gekümmert. Er hat sich auch um den Aussenraum gekümmert, davon sind wir auch überzeugt. Mit dem eher kleinen Umschwung gibt es vernünftigen Aussenraum zur Verfügung, wo die Kinder den Unterricht und die Pausen verbringen können. Finanziell ist zu sagen, dass es wieder viel Geld ist. Die Elementkostenmethode bei der Berechnung des Projekts und das konkrete Angebot geben uns eine Planungs- und Finanzierungssicherheit. Es gibt keine Risiken, wie zum Beispiel der Baugrund in der Ziegelei, oder Altlasten, welche wir bei der Feuerwehr hatten. Es gibt ein paar wenige PCB-Fugen, aber das liegt im Bereich des Machbaren und sollte keine allzu grossen Probleme geben. Betriebs- und Unterhaltskosten werden gesenkt aufgrund der Dämmung und des modernen Stromverbrauchs. Es gibt kein Minergie P Projekt, weil die Zertifizierung nicht drin liegt aufgrund der Heizungsanbindung, die wird nämlich an einem anderen Ort erzeugt. Man kann darum nicht auf Minergie P Standard gehen. Es wird ein Minergie-Standard sein, das ist bereits ein grosser Fortschritt gegenüber heute. Zu den Terminen. Im ersten Halbjahr 2014 wird der Baubeginn sein und im August 2015 die Inbetriebnahme. Das muss so sein, weil wir in diesem Gebiet eine sehr hohe Anzahl Kinder erwarten. Darum haben wir uns entschlossen, den Kindergarten im 2014 zu realisieren und nicht ein Jahr später, wie das eigentlich ursprünglich vorgesehen war, als wir ganz am Anfang unsere Kindergartenstrategie bekannt gegeben haben. Wir haben es bewusst vorgezogen, weil wir wissen, dass es im 2015 noch mehr Kinder in diesem Quartier geben wird, welche dort in den Kindergarten gehen werden. Jetzt ist der geeignete Zeitpunkt dafür, wir können die Kinder ins Provisorium, eine Abteilung im Schulhaus und auf der Metzgersmatte, verteilen. Es ist ein gutes und teures Projekt. Teuer im Sinn der Gesamtbetrachtung der Schulhausbauten. Für diese CHF 1'350'000 erhalten wir ein sehr gutes und günstiges Projekt. Ich bitte Sie den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Wir haben dies an einer Sitzung besprochen mit Vertretern der Gemeinde. Es war grundsätzlich nicht gross bestritten, dass dieser Kindergarten renovationsbedürftig ist. Meine Kinder gingen vor 15 Jahren in diesen Kindergarten. Ich hatte damals bereits das Gefühl, dass es ein Loch ist. Dank der guten Kindergärtnerin war es eine gute Zeit. Jetzt ist es mehr als so weit, dass es renoviert wird. Es gibt eine Auskernung bis aufs Betongerüst. So kann man nachher mehr gestalten, es gibt eine schöne neue Gestaltung. Oberlichter sind möglich, das sieht man in den Plänen. Es ist gut investiertes Geld, gerade weil es in einem Quartier ist, wo viele junge Familien sind. In unserer Kommission war es absolut unbestritten. Sie sehen es auch in unserem Bericht. Es wurde 40 Jahre nichts gemacht, deshalb kommt jetzt ein grosser Batzen zusammen. Vielleicht schaffen wir es mal bei den Kindergarten nach 20 Jahren etwas zu investieren, damit das nicht alles wieder gleichzeitig kommt. Die VPK hat mit 6 zu 0 Stimmen die Anträge 5.1 bis 5.3 zur Genehmigung empfohlen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung, ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Roland Naef, parteilos: Zuerst möchte ich für die lesbaren Unterlagen danken und den ausführlichen Beschrieb. Ich habe eine Frage. Offensichtlich wurde der Architekturauftrag bereits vergeben an einen Architekt in Muttenz. Weshalb ist es ein Direktauftrag und weshalb hat man nicht das Einladungsverfahren gemacht? Wenn ich das ausrechne, dann sind wir knapp bei CHF 150'000 plus beim Honorar. Ich möchte daran erinnern, dass es in Allschwil auch Architekten gibt. Das muss nicht unbedingt ich selber sein, aber trotzdem möchte ich das hier gesagt haben.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn der Kindergarten Schlappenmatten sanierungsbedürftig ist, dann muss er saniert werden. Das ist klar und muss nicht länger diskutiert werden. Die CVP-Fraktion stimmt darum dieser Vorlage grundsätzlich zu. Trotzdem möchten wir es nicht ganz unerwähnt lassen, dass wir das neue Schulhaus für CHF 70'000'000 haben, den Dreifachkindergarten Pestalozzi, welcher eine Stange Geld gekostet hat, und jetzt haben wir wieder eine Vorlage für CHF 1'350'000. Wir nehmen den Gemeinderat beim Wort und hoffen, dass dies die letzte Vorlage in dieser Art ist in nächster Zeit.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von den Grünliberalen unterstützen dieses Projekt ebenfalls. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass die CHF 1'350'000 nicht ganz so günstig sind, wie es der Gemeinderat darstellt. Wir möchten darauf hinweisen, dass Basel-Stadt für einen neuen Kindergarten jeweils CHF 700'000 budgetiert. Also ganz so günstig ist es nicht, aber wir unterstützen das Projekt als solches.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Danke für die tollen Pläne, jetzt hat es endlich mal geklappt, alle waren froh. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates für den Bau. Wir haben es genau angeschaut, die CHF 1'350'000 für die Sanierung sind anständig berechnet, ich komme ja auch ein bisschen aus dieser Branche. Ich habe noch eine Frage zu den Oberlichtern, das ist anscheinend noch nicht klar. Ich möchte gerne wissen, an was das liegt. Wir verzichten auf einen Antrag zur Unterkellerung.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Das Geschäft wurde bei uns in der Fraktion sehr intensiv diskutiert. Wir sind auch ohne die Unterstützung von Herrn Naef auf die gleichen Punkte gekommen wie er. Wir haben uns die Frage gestellt, weshalb wieder mit dem gleichen Architekt wie bei den anderen Kindergärten. Bei CHF 150'000 ist wir die Limite. Wenn es darüber liegt, muss ein Einladungsverfahren durchgeführt werden. Wir haben hier nur die Angabe, Gebäude inklusive Honorar. Wenn man dies grob überschlägt, dann kann man eventuell darunter liegen, man kann aber auch darüber liegen. Wir möchten gerne explizit wissen, wie hoch das Honorar ist. Wir möchten auch eine Detailkostenaufzählung sehen, wie das für die einzelnen Elemente aussieht. Wir haben eine Fassade mit Lättli, diese ist massiv teurer als wenn wir eine normale Verputzfassade machen würden. Die Fragen, welche ich jetzt aufgeworfen habe, habe ich vorgängig Gemeinderat Morat gegeben. Uns ist es auch ein Anliegen, dass die Sanierungen der Kindergärten nicht alle aufs Mal kommen, sondern dass es gestaffelt vor sich gehen wird. Grundsätzlich finden wir, dass es eine teure Variante ist, gewissen von uns ist es zu teuer.

Daniela Werren Kienzler, SP-Fraktion: Dass 40 Jahre nicht in Schulbauten investiert wurde, wirkt sich zwar jetzt finanziell aus, das sollte uns aber nicht daran hindern, die Gesamtstrategie Kindergarten umzusetzen und durchzuziehen. Wir finden es gut, dass es eine Linie ist. Wir von der SP-Fraktion stimmen dem Kredit einstimmig zu. Die Dringlichkeit und das Bedürfnis sind unbestritten.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Es wissen alle, dass ich anfangs zu jammern und über Geld rede. Ich habe festgestellt, dass das Thema Kindergärten von mir aus gesehen eine enorme Eigendynamik entwickelt hat. Das hat vor Jahren angefangen, als die Kindergärten neue Mietverträge erhalten haben. Die privaten Kindergärten, welche die Gemeinde bei einem Eigentümer mietet, haben Verträge, welche neu gemacht wurden. Dort sind massive Mietzinserhöhungen erfolgt. Ich habe dies im Rat moniert. Man hat gesagt, dass Nachholbedarf da war. Ich habe es jetzt verglichen. Es ist im Budget die Position Miete Pacht Liegenschaft, Konto 2170-3160. Sie sehen dort, dass wir im Budget 2013 CHF 253'000 haben, im Budget 2014 fast CHF 300'000. Schade an der ganzen Geschichte ist, dass hier die hinterste Kolonne Rechnung 2012 nicht drauf ist. Dann würden Sie sehen, wovon ich rede. Das ist der erste Punkt, den ich feststelle. Hier geben wir wesentlich mehr Geld aus. Da Zahlen mein Hobby sind, habe ich das Budget bereits angeschaut. Auf Seite 14, Konto 2110-3612, geben wir aufs Mal CHF 128'000 aus für Kindergärtner, welche auswärts gehen. Im Budget 2013 sind das CHF 5000. Ich lese in den Erläuterungen zum Budget 2014, dass wir selbst bei der Reinigungskraft mehr Löhne haben. Wir geben immer mehr Geld aus. Wir haben hier drin dies bewilligt und das Volk hat das unterstützt, dass es einen Dreifachkindergarten gibt. Langsam mache ich mir Sorgen um die Finanzen. Ich bin derjenige, der hier immer gesagt hat, dass wir gesunde Finanzen haben. Wir haben CHF 70'000'000 für das Schulhaus ausgegeben, das ist in Ordnung. Jetzt geben wir fast CHF 4'000'0000 für den Dreifachkindergarten aus und jetzt haben wir wieder einen Kindergarten. Irgendwann müssen wir den Riegel schieben. Ich kann nicht sagen, dass wir es bei diesem Objekt machen müssen. Wenn hier alle sagen, dass der Gemeinderat jetzt aufpassen soll, dann muss trotzdem irgendwann ein Entscheid gefällt werden. Ich habe diese Vorlage angeschaut mit den CHF 1'350'000. Ich habe gelesen, dass man Fenster aus Holz/Metall macht. Ich weiss, dass es noch günstigere Fenster gibt anstatt Holz/Metall. Und jetzt komme ich wieder zum Anfang meines Votums. Es hat sich hier eine Eigendynamik entwickelt. Das mit den Fenstern hat mir das bestätigt. Ich werde heute Abend nicht gegen diese Vorlage stimmen, aber ich werde mich der Stimme enthalten aus diesen Gründen.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Die Fraktion Grüne und EVP ist auch für die Sanierung des Kindergartens. Wir finden es toll, dass es als Ersatz in Neu-Allschwil geht. Ich hoffe, dass es auf August 2015 reicht. Wir finden es auch toll, dass die Oberlichter viel Licht bringen, das ist eine tolle Sache für die Verbesserung der Lebensqualität für die Lehrkräfte und die Schüler. Ich hoffe, dass es geht.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte das Votum von Frau Gürtler unterstreichen. Die Kindergartenstrategie ist nicht bestritten. CHF 724 pro Kubikmeter ist ein Neubaupreis, somit für uns eine Luxuslösung. Ein

Kostendach von CHF 1'000'000 sollte möglich sein. Ich bitte den Gemeinderat dies nochmals anzuschauen und bedenken. Es ist eine Luxuslösung.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Das ist ein Umbau des Kindergartens. Dass die Kindergärten alle die gleiche optische Fassade haben müssen, finde ich völlig übertrieben. Und nun zum Oberlicht. Wenn man den Kindergarten in einen Wald stellt, dann nützt das Oberlicht auch nicht viel, man könnte auch rundherum holzen. Ich bin nicht gegen die Bäume, aber das eine hebt das andere auf. Ich bin davon überzeugt, dass der Gemeinderat eine vernünftige Variante bringen kann, welche deutlich unter CHF 1'000'000 liegt.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich habe den Voten zugehört. Mir ist nicht klar geworden, ob die Kollegen und Kolleginnen von der FDP gegen dieses Geschäft sind oder nicht. Ich bitte um Aufklärung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: ich habe ein paar Worte gehört, welche ich gerne aufgreifen möchte. Jürg Vogt, zum Oberlicht. Der Wald hat während circa acht Monaten Oberlicht, das wäre auch im Kindergarten so. Es hat etwas mit Qualität zu tun, wie das Licht hineinfällt, da wo ich arbeite. Kurt Kneier, zur Eigendynamik. Es wurde mehrmals gesagt, diese Kindergärten und das ganze Schulprojekt von Allschwil über Jahre brach lagen, nicht nur die Kindergärten, auch die Schulhäuser. Vor 20 Jahren haben wir über das Schulhaus Bettenacker gesprochen. Es waren Architekten und Ingenieure hier, man hat von Aufstocken geredet, und man hätte es machen können. Es gab Lehrer im Gemeinderat. Peter Malzacher hat sein Land der Gemeinde offeriert, um günstig etwas zu machen, sogar mit Aula. Er hat bei mir geflucht, weil wir es nicht gemacht haben. Ich bin froh, dass wir die Kindergärten jetzt sanieren. Wenn man das gleiche machen würde wie bei den Schulhäusern Gartenstrasse und Bettenacker, dann bringt es kein Rückbau mehr. Beim Bettenacker hat man uns auch gesagt, dass man es zurückbauen und neu bauen muss, und das geht nicht, darum machen wir es jetzt neu. Wenn wir es jetzt nicht machen und es weiter verfallen lassen, dann befürchte ich, dass wir am Schluss keine Quartierkindergärten mehr machen, sondern aus Kostengründen einen zentralen Kindergarten machen mit Elterntaxi. Das brauchen wir nicht. Ich bin sehr froh über dieses Projekt und dass der Gemeinderat die kleinen Kinder in den Quartieren belässt.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte kurz Herrn Bourgnon eine Antwort geben. Wir in der FDP-Fraktion sind geteilter Meinung zu diesem Geschäft.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das waren viele interessante Fragen, ich möchte mit den einfacheren beginnen. Florian Spiegel hat gefragt, warum das Oberlicht noch nicht ganz klar ist. Es ist der Wunsch der Kindergärten und der Hauptabteilung Hochbau Raumplanung, dass wir dies machen können. Es sind allerdings keine Schalungs- und Armierungspläne mehr vorhanden. Wir wissen nicht genau, was diese Armierung zulässt, wie grosse Bohrungen, darum haben wir nur ein typähnliches Bild hier vorgestellt. Wir wissen nicht genau, in welcher Grösse etwas möglich ist. Man kann sicher mit einer aufgeklebten Armierung oder mit ein paar Tricks, welche uns die Ingenieure nennen können, etwas machen, aber wir wissen noch nicht genau, was möglich ist. Dazu braucht es eine Untersuchung eines Ingenieurs. Wir setzen alles daran, dass wir die Oberlichter durchführen können. Vielleicht beantwortet dies auch die Frage von Herrn Breitenstein und Herrn Winter.

Herr Naef hat die Frage gestellt, weshalb Herr Huesler aus Muttenz dieses Projekt für uns verfassen durfte. Herr Huesler hat vor vielen Jahren ein ganz tolles Projekt gemacht, welches nie zur Ausführung kam. Wir wussten, dass er Kindergärten bauen kann, darum sind wir wieder zu ihm gegangen. Er hatte damals nichts davon, er hatte einen grossen Aufwand, welcher zum Teil entlohnt wurde, aber bauen durfte er es nicht, weil damals die Kinderzahlen in eine andere Richtung geschaut haben. Der Einwohnerrat wollte aus vernünftigen Gründen damals den Kindergarten beim Bruckerhaus nicht bauen. Das ist der Grund, weshalb wir diesen Architekt gewählt haben.

Zu den Fragen von Herrn Mollat. Er hat gesagt, dass Basel-Stadt CHF 700'000 für einen Kindergarten ausgibt. Wir haben hier einen Doppelkindergarten, es ist also nicht so schlimm und dürfte im Range drin liegen. Wenn man sich die Frage stellt, ob wir renovieren oder neu bauen, dann muss man irgendwo eine Grenze ziehen. Diese Grenze ist hier bei diesem Kindergarten noch nicht erreicht für einen Neubau. Eine Sanierung kommt immer noch ein bisschen günstiger, weil es nur ein einstöckiger Stock ist, obwohl wir zurückbauen auf Rohbau 1. Es werden nur die Umfassungsmauern, die Stützmauern, die Stützen und der Betondeckel belassen, der ganze Rest wird zurückgebaut und ersetzt. Man kann nicht von einer Luxuslösung reden, wie das gesagt wurde. Man muss sich vorstellen, dass es ein bestehendes Haus ist, welches nicht grosszügig gebaut ist. Der Architekt hat sich Mühe gegeben und eine Lösung gefunden, welche genau dem Rechnung trägt, dass wir

den Aussenraum besser nutzen können, den Bezug von innen nach aussen schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass es die richtige Lösung und keine überrissene Lösung ist. Frau Gürtler hat die Fassadenkosten angesprochen. Natürlich kann man heute Styroporfassaden verputzen. Aber die Ersparnis ist leider nicht ganz so hoch. Die aktuellen Vergleichszahlen sind bei ungefähr CHF 50 bis CHF 70 pro Quadratmeter Ersparnis, wir reden von etwas über 400 Quadratmetern, wo man die Fassade dämmen muss, die Fenster kommen davon noch weg. Es ist kein grosser Betrag, den wir hier einsparen würden. Im Mail von der FDP-Fraktion ist von Ersparnissen bis zu 50% die Rede, das ist bei weitem nicht der Fall. Ich bleibe grad bei den Antworten an die FDP-Fraktion. Die Frage nach der gestaffelten Sanierung: Im Augenblick sind wir daran unser Facility-Management-Programm zu aktualisieren und adäquat zu betreiben. Das heisst, man kann mit diesem Programm eine Staffelung vornehmen. Wir selber sind sehr daran interessiert, dass wir einen budgetierbaren Betrag in einem akzeptablen Rahmen in Zukunft haben. Wir setzen uns alle dafür ein, dass wir die Kosten mit den zukünftigen Sanierungen gestaffelt und zeitgerecht Ihnen präsentieren können, damit sicher nicht mehr alles auf Mal kommt.

Es gab noch die Frage nach dem Architektenhonorar. Das Honorar kann man ausrechnen, es gibt SIA-Umrechnungsfaktoren, es gibt viele Tabellen und Formeln dazu, und dann spuckt es eine Zahl aus. Wir sind der Meinung, dass wir hier dem Architekt sicher für Vorprojekt, Projekt und Ausschreibung etwas bezahlen möchten. Da bewegen wir uns immer noch bei einem Betrag weit unter CHF 150'000. Wir gehen davon aus, dass wir einen Teil der örtlichen Bauleitungsaufgaben, das ist schlussendlich der grosse Teil, mit Eigenmitteln machen können. Somit stellt sich die Frage von einem Einladungsverfahren eigentlich nicht im Moment. Der Kostenvoranschlag eines solchen Kindergartens ist ein rund 40-seitiges Dokument. Sie werden verstehen, dass wir dieses 40-seitige Dokument nicht einfach so den Einwohnerräten zur Verfügung stellen möchten. Da gibt es viele, die dann sagen, dass sie dies und jenes billiger machen könnten. Der Kostenvoranschlag hat immer eine Schnittrichtung, welche alles berücksichtigt. Es ist gefährlich, wenn man an einem einzelnen Ort herumschraubt und versucht herauszufinden, ob man es ein paar Franken günstiger haben könnte. Ich habe das Beispiel der Fassade genannt. Natürlich kostet eine Styropor-Fassade ein bisschen weniger. Aber dann können wir die Qualität, welche ich auf dem ersten Bild gezeigt habe, nicht gewährleisten. Es ist richtig, dass wir den Kindern hier einen adäquaten Platz zur Verfügung stellen und ein Projekt realisieren, welches die Kinder nicht massiv benachteiligt, nur weil sie die letzten sind, welche mit der Sanierung dran kommen, sie können nichts dafür.

Ich möchte noch kurz etwas zu Kurt Kneier sagen. Du hast recht, diese Kosten sind massiv in die Höhe gegangen. Ich möchte daran erinnern, dass wir im Jahr 2010/2011 16 Kindergärten hatten. Wir werden im Jahr 2014/2015 22 Kindergärten haben. Das ist eine Folge des Zuwachses in Allschwil und der Kinderzahlen. Wir müssen diese Kinder unterrichten, wir haben eine Pflicht dazu. Es ist klar, dass wir verantwortungsvoll mit diesem Geld umgehen müssen. Ein Teil unserer Strategie sagt, dass wir diese Kindergärten mieten, zum Beispiel beim katholischen Frauenverein, bei der Warteck Invest, bei der National Versicherung und nicht zuletzt bei der UBS. Das sind halt einfache Marktpreise. Wir wurden jahrzehntelang verwöhnt mit sehr günstigen Mietzinsen vom katholischen Frauenverein, ein Danke an dieser Stelle. Diese können das auch nicht halten, sie müssen auch überleben. Wir mussten in Verhandlung treten und die Mietzinsen erhöhen. Das haben wir hier drin auch kommuniziert. Aber es ist so, dass 16 Kindergärten massiv weniger kosten als 22 Kindergärten. Wir bauen jetzt drei normale Abteilungen, hier zwei Abteilungen und der Tageskindergarten läuft immer auch noch parallel. Somit erachtet der Gemeinderat dies als durchaus verantwortbar und adäquat mit dem Bevölkerungswachstum, welches eine erhöhte Infrastruktur braucht. Hoffentlich habe ich keine Fragen ausgelassen oder vergessen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich danke Christoph Morat für diese Ausführungen. Wir haben nichts anderes gehört auf die Frage von Florian Spiegel, als dass wir richtiggehend geblendet wurden durch die Oberlichter, weil man auf Deutsch gesagt keine Ahnung hat, wie und ob man dies realisieren kann. Schöne Bilder schön gemacht, ob es wirklich so ist, weiss niemand. Das nennt sich Vorspiegelung falscher Tatsachen. Zur Fassade und der Ausstattung mit den Lättlis, das sieht toll aus und ist eine Geldverschwendung, das ist klar. Ich möchte Jean-Jacques Winter unterstützen, dass die Kindergärten ins Quartier gehören, diese muss man renovieren und ausbauen, das ist unbestritten und das machen wir jetzt auch. Es ist und bleibt meiner Meinung nach viel zu teuer, es würde schlanker gehen. Auch wenn es CHF 20'000 bei der Fassade sind, es ist bitter nötig, dass wir jetzt auf das Geld schauen. CHF 20'000 sind nicht wenig, sondern es ist ein erster Schritt, ein Zeichen für das Kostenbewusstsein, dass wir auf jeden Rappen schauen müssen. Darum werde ich mich bei diesem Geschäft der Stimme enthalten.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen jetzt zur abschnittswisen Beratung. Da wir aber jetzt Zeit gebraucht haben, hat sich das Büro überlegt, einen neuen Schritt zu machen. Ich frage, ob jemand die abschnittswise Beratung möchte. Falls nein, dann kommen wir direkt zu den Anträgen. In den letzten 12 Sitzungen hatten wir fast keine Wortmeldungen. Verlangt jemand die abschnittswise Beratung? Gut, dann

kommen wir grad zu den Anträgen, die Detailberatung ist abgeschlossen. Ich mache eine kleine Klammerbemerkung. Wir haben jetzt 30 Minuten geredet. Wir hatten einen VPK-Bericht einer Spezialkommission, welche mit 6 zu 0 Stimmen verabschiedet wurde. Wir haben mindestens 25 Detailfragen noch behandelt. Wir müssten uns auch mal überlegen, wo wir was behandeln, in der Kommission oder im Rat.

5. Anträge

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

- 5.1 Für die Sanierung des Doppelkindergartens Schlappenmatten wird für die Jahre 2014 und 2015 ein Verpflichtungskredit von CHF 1'350'000 inkl. MWST bewilligt.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 30 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

- 5.2 Von der Kostengenauigkeit von plus/minus 5% wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- 5.3 Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2013 = 125.7 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes ist abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 07.05.2013, betreffend
Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 – 2018
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 4128

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Das vorliegende Strategiepapier ist nichts Neues für Sie. Sie kennen das Papier in dieser Art bereits seit dem Jahr 2000. Seit dann formuliert der Gemeinderat die gewünschte strategische Ausrichtung unserer Gemeinde mit den Zielsetzungen und den zu prüfenden und umzusetzenden Massnahmen für einen Zeitraum von sechs Jahren. Die Ausgangslage ist die Erkenntnis, dass unsere Gemeinde als Wohnort einerseits und als Wirtschaftsstandort andererseits über zahlreiche Vorteile verfügt. Der Gemeinderat ist aber der Ansicht, dass unsere Gemeinde noch weiteres Entwicklungspotential hat, welches wir nicht einfach brachliegen lassen dürfen. Ich denke zum Beispiel an das neue Schulhaus, das bringt viele Verbesserungen für die Schüler, welche dereinst dort zur Schule gehen, und für die Vereine, welche über genügend Sportplätze verfügen werden. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass derartige Projekte unsere Gemeinde weiterbringen, respektive als Wohnort attraktiver machen. Es ist auch richtig, dass mit dem Potential unserer Gemeinde sorgfältig und nachhaltig umgegangen werden muss. So, dass wir auch in Zukunft sagen können, dass es sich in Allschwil attraktiv wohnen, leben und arbeiten lässt. Das Strategiepapier wird in einem Zweijahresrhythmus hinsichtlich der Zielerreichung überprüft und beurteilt, und allenfalls werden dann Massnahmen angepasst. Im Oktober 2011 wurde die letzte Zwischenbilanz vom Strategiepapier 2009 bis 2014 gemacht. Ich rufe hier kurz in Erinnerung, dass die Zwischenbilanz gezeigt hat, dass wir viele Projekte in dieser Zeit realisieren und abschliessen konnten. Beispielhaft dafür sind das Alterskonzept, Zonenplan Landschaft, Feuerwehrmagazin, Einführung Tagesschule auf Primarstufe etc. Der Gemeinderat hat sich im Oktober 2012 zu einem Strategieseminar zurückgezogen, und die strategische Ausrichtung für die Jahre 2013 bis 2018 festgelegt. Das Ergebnis liegt nun vor, Sie haben es erhalten für die heutige Sitzung. Was ist neu gegenüber dem Strategiepapier 2009 bis 2013? Der Gemeinderat hat neu sechs

Schwerpunktfelder definiert, welche für die Entwicklung unserer Gemeinde als besonders bedeutend eingestuft werden. Für jedes dieser Schwerpunktfelder hat der Gemeinderat seine Ziele dafür definiert und die entsprechenden Massnahmen festgehalten. Der Gemeinderat ist damit weggekommen von der Formulierung von sogenannten Leitideen, welche wir im letzten Strategiepapier festgehalten haben. Er hat damit die Entwicklungsstrategie ein bisschen gestrafft. Vorher waren es 15 Leitideen, jetzt sind es 6 Schwerpunktfelder. Damit wird das Strategiepapier aus Sicht des Gemeinderates klarer und umsetzbarer, vielleicht auch ein bisschen einfacher verständlich. Was das Strategiepapier auf jeden Fall sein soll, ist ein Planungs- und Kontrollinstrument, damit klar ein Führungsinstrument. Der Gemeinderat hat nicht nur Ziele gesetzt, sondern lässt sich an den Zielen auch messen. Er schaut und lässt überprüfen, ob er diese Ziele erreicht hat. Auf Seite 4 und 5 sehen Sie gut, wie das Strategiepapier als Planungs- und Führungsinstrument eingebettet ist. Für den Gemeinderat ist das vorliegende Papier ein sehr wichtiges Instrument. Es ist ein Instrument, mit dem wir die Entwicklung unserer Gemeinde weiter vorantreiben können. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates die Entwicklungs- und Massnahmeplanung 2013 bis 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Wenn nicht, dann kommen wir jetzt zur Detailberatung.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Uns liegt eine sehr solide Arbeit vor, welche erlauben wird, dass die Attraktivität von Allschwil auf dem Niveau, wie wir es heute haben, bis 2018 bleiben wird. Wir finden es gut, dass der Gemeinderat nicht nur unter sich dieses Papier bearbeitet hat, sondern auch von der Verwaltung Leute beigezogen hat. Trotzdem sind wir der Meinung, dass genau das Papier ausgebaut werden könnte, damit verschiedene Konzepte, welche wir in den letzten paar Jahren überwiesen haben, unnötig gewesen wären, weil wir hier bereits alles drin hätten. Uns ist aufgefallen, dass der Fluglärm mehrfach erwähnt wird, der Strassenlärm aber fehlt. Das hat heute in Allschwil ein Ausmass angenommen, mit welchem man sich beschäftigen sollte. An der Baslerstrasse ist seit 30 Jahren ein Leben ohne Schallschutzfenster nicht mehr gut möglich. Ab 2030 ist dort die Prognose des Kantons, dass in der Nacht der Lärmgrenzwert überschritten wird. Wir sollten auch schauen, dass wir dieser Bevölkerung, welche an einer grossen Strasse wohnt, eine gute Lebensqualität bieten können. Wir bitten darum den Gemeinderat, sich auch in diesem Bereich Gedanken zu machen.

Persönlich möchte ich noch einen anderen Punkt aufgreifen. Der Flughafen Basel generiert eine grosse wirtschaftliche Wertschöpfung für unsere Region und für Allschwil. Ich finde es schade, wenn es eine Total-Opposition gegen den Flughafen gibt, ohne dass man sich überlegt, wo Kompromisse oder eine Zusammenarbeit zustande kommen könnten. Ich war vor nicht allzu langer Zeit bei Freunden in Rüsselsheim, das liegt zwischen Mainz und Frankfurt. Dieser Ort wird ständig von grossen Maschinen überflogen für den internationalen Flughafen, der zwar einige Kilometer weit weg liegt. Dort muss der Flughafen der Bevölkerung einen Ausgleich geben. Das Resultat dort ist, dass es ein grosses Naherholungsgebiet gibt, welches sich von Frankfurt bis nach Mainz erstreckt, und alles hat, was man sich erträumen kann. Schöne Velowege, Fusswege und verschiedene schöne Plätze, alles was man braucht für die Freizeit. Alles ist bezahlt vom Flughafen Frankfurt. Ich habe mir dort überlegt, ob das nicht etwas wäre, was uns helfen würde. Wir haben vor der Haustüre die Vision des **“Parc de Loisir“**, welcher bei einer Umsetzung sehr teuer kommen würde. Meine Idee wäre, dass wir den Flughafen in die Pflicht nehmen und fordern, dass er eine solche Umsetzung massiv finanziell übernehmen würde. Das ist eine Idee oder eine Vision, welche ich habe. Ich würde mir bei diesem Papier auch sonst mehr Visionen wünschen, welche wir nicht in dieser Zeitperiode erfüllen können, aber doch Schritt für Schritt dahin kommen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es ist ein interessantes und beeindruckendes Werk. Es ist eines der interessanteren Politpapiere, welche ich kenne. Es ist auch interessant, was nicht drin steht. Ich picke ein paar Sachen heraus aus diesem grossen Umfang. Ich komme auf die Zentrumszonen zu sprechen, welche der Gemeinderat schaffen möchte. Es ist sehr interessant, dass Zentrumszonen ausserhalb des Dorfkerns entstehen sollen, darauf warten viele Einwohnerinnen und Einwohner. Der Gemeinderat redet vom Lindenplatz und von der Ziegelei. Es gäbe noch andere Zentrumszonen, welche geschaffen werden müssten, ich denke an die Bohrerhof Umgebung. Wichtig ist, dass die Zentrumszonen im Zusammenhang mit der Sanierung der Baslerstrasse getätigt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton könnte funktionieren und es gäbe sogar noch finanzielle Zuschüsse. Das müsste der Gemeinderat wirklich überlegen, ob er es nicht in Zusammenhang mit der Sanierung der Baslerstrasse machen möchte. Die Erwähnung der Schulweg- und Velowegsicherung ist interessant. Wir sind sehr gespannt, wann dieses Papier vorliegt, damit wir es diskutieren können, und auch die Parkraumbewirtschaftung. Wir sind auch gespannt auf das Gemeindeentwicklungskonzept und auf die Grundstücks- und Immobilienstrategie. Das sind alles sehr interessante Papiere, welche neugierig machen. Nebst der beeindruckenden Fülle von Massnahmen und

Zielen fehlen mir soziale Massnahmen. Ich höre nichts von der Armutsbekämpfung, ich höre nichts von einer Armutsbekämpfungsstrategie, ich höre nichts von einem Konzept für die Integration von Expats, Migrantengruppen sowie für behinderte Menschen, Massnahmen für die Förderung von preisgünstigen Wohnungen sehe ich auch nirgends. In Anbetracht der hohen Aussonderung von Kindern in Kleinklassen müsste sich der Gemeinderat fragen, ob dort die Massnahmen intensiviert werden müssten. Die Bildung ist eine grosse Ursache von Armut, da kann mit Fördermassnahmen entgegengewirkt werden. Der Gemeinderat schreibt von familienexternen Betreuungsangeboten, und dass er das fördern möchte. Gleichzeitig lehnt er ein SP-Postulat zur Erweiterung des Mittagstisches ab, da gibt es eine Diskrepanz. Interessant wäre auch herauszufinden, weshalb und wie die Bevölkerung vermehrt für die Politik interessiert und engagiert werden könnte, das wäre auch einmal einen Gedanken wert. Es nimmt mich wunder, zu welchem Preis der Gemeinderat die Nettoverschuldung pro Einwohner unter CHF 3000 schrauben möchte. Sie hören, vieles sind Wiederholungen, vieles wurde letztes Mal schon gesagt, und wir werden es immer wieder sagen, wenn es fehlt.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin nicht so sehr auf die Details eingegangen, mich hat diese Flut fast überwältigt. Uns als Grüne/EVP-Fraktion ist vor allem der Slogan quer hereingekommen. Ich finde, man kann diesen ganz böse missverstehen. Ich gehe mit Bruno einig, dass nichts da ist, wo es zum Beispiel darum geht, die Schwächeren in der Gemeinde zu stärken. Ich finde einen solchen Slogan im Hinblick auf eine Gemeinschaft, wo gilt, dass man nur so stark ist wie das schwächste Glied, schwierig. Jedes Jahr ist die Rede davon, wie grün Allschwil doch ist, mittlerweile sind alle Grünflächen verplant. Die Jugendlichen fühlen sich so wohl, wird gesagt. Sie müssen alle an den Rand der Siedlung. Es gibt keine Spiel- und Sportmöglichkeiten ausser am Rand der Industrie. Ich kenne keinen einzigen Jugendlichen, der hier bleiben möchte. Ich wüsste nicht, wie sich ein Jugendlicher die horrend teuren Wohnungen leisten kann. Wir haben einen miserablen Anteil von weniger als 5% Genossenschaftswohnungen in Allschwil, geschweige denn günstigen Wohnraum. So rosig, wie die Finanzen in diesem Papier dargestellt werden, sind sie nicht. Erstens das mit der Nettoverschuldung. Wir haben jetzt im laufenden Budget einen Selbstfinanzierungsgrad von 3%, wir haben das Elfache an Investitionen, was wir selber bezahlen könnten. Wir laufen in eine grosse Neuverschuldung hinein. Gerade wegen dem Jammern über neue Kindergartenbauten. Wenn wir alles mit Quartierplänen verbauen, dann werden wir eine gigantische Anzahl von neuen Kindergärten brauchen. Dann hört doch auf zu bauen, wenn Ihr keine neuen Kindergärten wollt. Ich hätte gerne ein Papier, welches realistischer, sachlicher und nüchterner geschrieben ist. Wir könnten uns, anstelle von Weltruf anzustreben, um einen Ruf von Allschwil bemühen als eine Gemeinde ohne grün, welche keinen Platz hat für Arme und sozial Schwache.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir haben den Bericht mit Interesse gelesen. Wir haben uns die Mühe genommen, einen vergleichbaren Bericht von anderen Gemeinden anzuschauen. Wir haben Reinach als Beispiel genommen. Dort haben wir mit Erstaunen festgestellt, dass die im Gegensatz zu Allschwil mit sehr viel konkreteren Zahlen operieren in ihren Strategieplänen als Allschwil. Dies vermischen wir in den Allschwiler Plänen. Ich mache zwei Beispiele. Beim Allschwiler Strategieplan heisst es auf Seite 14 als Ziel: Steigerung der Energieeffizienz. Wie ist das zu verstehen? Reicht es, wenn man eine Energiesparglühbirne rein macht? Hat man dann das Ziel erreicht? Reinach macht es konkret, indem die konkrete Wattzahl pro Einwohner als Zielerreichung drin steht. Wieso macht das Allschwil nicht so? Ein weiteres Beispiel, Allschwil sagt, dass sie den Veloweg und den Schulweg sicherer machen möchte. Wo sehe ich hier die Zielerreichung? Reinach schreibt konkrete Ziele, indem sie sagen, so und so viele Punkte von ihrem Massnahmenplan sollen 2014 bis 2018 umgesetzt werden, so viele Polizeikontrollen sollen messbar stattfinden. Das sind Ziele, welche man überprüfen kann. Es ist einfach, sich nach zwei Jahren auf die Schultern zu klopfen und zu sagen, dass wir die Ziele erreicht haben, wenn man gar keine messbaren Ziele hat. Wir wünschen uns, dass wir in Zukunft messbarere Ziele hineintun, wie das Reinach macht. Ich finde das ziemlich vorbildlich.

Andreas Bammatter, Präsident: Stellt jemand einen Antrag auf abschnittsweise Beratung? Wenn nicht, dann ist die Beratung zu diesem Geschäft abgeschlossen und wir stimmen ab.

Der Gemeinderat beantragt die strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 bis 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

://

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

://

Das Geschäft als ganzes ist abgeschlossen.

PAUSE

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen jetzt zur Dringlichkeit, welche angenommen wurde.

Roland Naef, parteilos: Es ist vermutlich ein Sammelsurium von den Begriffen Motion, Interpellation und was es sonst noch gibt. Mir geht es darum, dass wir es klar definieren, was der Einwohnerrat zum Ganzen meint. Mit 32 Befürwortungen der Dringlichkeit ist der Auftrag an die GPK klar. Die GPK muss sich mit diesem Thema befassen. Der Präsident der GPK hat bereits gesagt, dass sich die GPK damit befasst. Wenn es so wäre, wie ich es geschrieben habe, dann müssten sie Tag und Nacht arbeiten, und das möchte ich nicht. Ich möchte, dass das, was ich aufgelistet habe, angeschaut und umgesetzt wird. Weshalb und wieso, weswegen und überhaupt, und wie sieht es in Zukunft aus? Der Gemeinderat hat vorhin bereits gesagt, dass sie zumindest die neue Gemeindeverwalterin oder den Gemeindeverwalter professionell suchen lassen möchte. Ich verstehe darunter, dass die Ausschreibung in der Zeitung, die Auswertung und das Aussuchen bei der Firma liegt, die das dann macht. Ich möchte vom Gemeinderat hören, dass man es bei allen anderen Chefbeamten so macht. Es ist an der Zeit, dass wir hier auf Professionalität umsteigen. Es ist mir auch klar, dass wir keinen Einfluss haben auf die Anstellung der Leute bei der Gemeindeverwaltung. Der Punkt 4 würde gehen, das habe ich heute abgeklärt. Das liegt auch nicht in meinem Interesse und ich möchte das nicht. Mein Interesse ist, dass man dieses Thema angeht, dass wir dieses Thema nicht einfach unter den Tisch wischen und sagen, es wird alles gut. Wenn man alle Personen angestellt hat, die jetzt fehlen, könnte die GPK schauen, wie man diese gefunden hat und aus welchen Gründen sie angestellt wurden.

Jean-Claude Bourgnon, GPK-Präsident: Wie ich bereits gesagt habe, wird die GPK hier auf jeden Fall tätig. Uns macht insbesondere der Zeitraum besorgt, in welchem die Vakanz stattfinden. Es gibt eine gewisse Kadenz und Zeitgleichheit von drei wichtigen Stellen, die jetzt vakant sind. Ich umschreibe kurz, was wir untersuchen werden. Der Motionär hat in einem Punkt gefragt, ob es eine miese Stimmung bei der Gemeindeverwaltung gibt. Die Vizepräsidentin hat dazu grad gekontert. Das kann ein Punkt sein, aber das schwierige daran ist die Subjektivität. Ein anderer Punkt ist, ob unsere Anstellungsbedingungen stimmen. Nicht nur das Salär, sondern auch andere Bestandteile. Ist die Kompetenzregelung angemessen und ist sie kongruent mit der Verantwortung der Leute im Kader? Und ein ganz wichtiger Punkt hat Roland Naef am Schluss gesagt. Gibt es eine Perspektive für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen? Das muss nicht nur vertikal sein, also Karriere, sondern kann auch horizontal sein. Das sind die Punkte, die wir anschauen werden. Ich habe das aufgezählt, weil es bereits gesagt wurde, dass die Ressourcen der GPK endlich sind. Tag- und Nachschichten können wir nicht liefern. Wir brauchen eine gewisse Zeit, um Ihnen einen entsprechenden Bericht abzuliefern.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Nicole Nüssli bezüglich der Ausführungen von vorhin. Welche Firma ist das bezüglich der Interimslösung? Mir stösst es ein bisschen sauer auf, dass man so vehement kommunizieren muss, dass unsere Leute auf der Verwaltung so dermassen glücklich sind. Das hat schon wieder einen saumässig negativen Touch. Wenn man es so ausdrücklich kommunizieren muss, dann stimmt doch irgendwo etwas nicht. Die Spatzen in der Verwaltung pfeifen manchmal ein andere Lied, als es hier drin kommuniziert wird. Ich habe mein Schlafzimmerfenster direkt zur Verwaltung rüber. Was ich dort manchmal höre, das ist ein weit weg von ganz toll und super. Ich glaube, es sind zu viele weggegangen, das sind nicht nur private Gründe, da muss es auch andere geben. Ich arbeite auch seit 15 Jahren im gleichen Unternehmen, das ist manchmal auch nicht lustig. Aber wir haben eine Perspektive untereinander, welche vertretbar ist. Dort liegt schon auch etwas für den Entscheid zu gehen oder nicht. Die Zufriedenheit ist sehr ausschlaggebend.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage an den Motionär zum Punkt 3. Gilt das auch für Interimslösungen bei der Anstellung von Kaderpersonal? Das ist glaub im Moment ziemlich wichtig. Wenn wir auf den GPK-Bericht warten müssen, dann könnte dies zu Verzögerungen führen, um eine Interimsperson anzustellen.

Roland Naef, parteilos: Die Interimslösung habe ich heute zum ersten Mal gehört. Es ist klar, dass etwas gehen muss, und dass die Stellen nicht vakant bleiben können bis zum Sankt Nimmerleinstag. Es ist auch eine Frage des Budgets. Wenn jemand nicht mehr da ist, dann kann man ihn einfacher ersetzen, weil das

Geld vorhanden ist, die Lohnkosten vom anderen fallen weg. Ich möchte vor einer Interimslösung warnen, weil eine Interimslösung plötzlich zu einem Providurium wird, wie es bei der Abteilung Finanzen der Fall ist. Dort betreut praktisch eine externe Firma dieses Ressort. Wenn es eine Lösung gibt, wo man jemanden zuzieht, der diese Arbeit macht, dann macht es Sinn. Es macht aber keinen Sinn, wenn wir jetzt jemanden einschleusen, der diese Arbeit macht, und ihn danach grad noch anstellen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von den Grünliberalen sehen auch eine Notwendigkeit, die Personalsituation näher anzuschauen. Wir machen der GPK beliebt, im Sinne der Objektivität die Fluktuationszahlen anzuschauen und auch die Entwicklung, und diese mit den Nachbargemeinden zu vergleichen. Uns ist bekannt, dass diese Zahl 2012 überdurchschnittlich hoch war, das ist sicher auch eine interessante Zahl. Das sagt wahrscheinlich mehr aus, als der Kündigungsgrund von einzelnen Menschen.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich möchte gerne Herrn Zimmermann Antwort geben auf die Frage nach der Firma bezüglich der Interimslösung. Das ist die Firma BDO Visura, welche wir hier im Auge haben und die haben wir auch angefragt, ob sie die Ad interim Lösung übernehmen. Diese Firma kennt unsere Gemeinde bestens und die Frau, die das machen würde, kennt unsere Gemeinde sehr gut, das ist naheliegend. Zu Roland Naef bezüglich der Ad interim Lösung, welche zum Providurium wird bei den Finanzen. Das ist keinesfalls so, wir sind mitten in der Ausschreibung, und zwar genau gleich wie beim ersten Mal mit einer externen Vermittlungsfirma, welche uns betreut und dies abwickelt. Wir haben gehört, dass Bewerbungen eingegangen sind. Nächsten Dienstag werden wir alle Bewerbungen erhalten und anschauen.

Roland Naef, parteilos: Wir müssen zu einem Abschluss kommen. Ich hoffe, dass bei den Bewerbungsgesprächen auch der dabei ist, den die Mitarbeiter dort empfohlen haben. Die Firma, welche einen Mitarbeiter aussucht, ist meistens bis am Schluss dabei, also auch bei den letzten Gesprächen, und dann wird entschieden. Es ist gesagt, was gesagt werden muss und es ist alles protokolliert. Die GPK hat einen klaren Auftrag, es ist klar, was wir im Einwohnerrat wissen wollen. Ich nehme auch den Gemeinderat beim Wort, dass man nicht sofort jemanden anstellt. Ich finde, es würde gut tun, wenn man jemand anderes nehmen würde als die BDO Visura, das gäbe eine andere Optik. Aber das ist die Sache des Gemeinderates. Ich ziehe die Motion zurück und bin gespannt aufs Protokoll.

Andreas Bammatter, Präsident: Gibt es noch etwas beim Infofenster des Gemeinderates?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständigungsfrage zu vorhin. Rein rechtlich hat die GPK jetzt keinen Auftrag, oder sehe ich das falsch?

Andreas Bammatter, Präsident: Herr Naef hat es formuliert und es ist protokolliert. Er nimmt an, dass es mit diesem Auftrag der Dringlichkeit, der Protokollierung und den Ausführungen des GPK-Präsidenten und von Frau Nüssli eindeutig ist. Darum ist er zum Schluss gekommen, auch wenn es juristisch vielleicht wacklig ist, aber es nicht eindeutig ist, wie der Antrag formuliert werden muss, die Motion zurückzuziehen. Somit ist dies so protokolliert und abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013, zum Postulat von Susan Vogt, FDP, vom 05.09.2012, betreffend Wahlhilfe für stimmberechtigte Jugendliche und junge Erwachsene
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4091 / A

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Der Vorstoss von Susan Vogt hat eine gewisse Logik. Die Stimmbeteiligung mit durchschnittlich 40% ist eher tief. Wir wissen alle: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. So ist es wichtig, dass wir Jungwählerinnen und Jungwähler zur Stimmbeteiligung motivieren. Es stellt sich die

Frage, ob die junge Generation mit einem Briefversand mit einem Papierdokument zu begeistern ist, oder ob ein Online-Angebot für die heutige Smartphone- und Tablet-Generation nicht der bessere Ansatz wäre. Diese vereinfachten und jugendgerechten Abstimmungsunterlagen von diesen zwei Anbietern, welche im Bericht erwähnt sind, sind bereits heute in vollem Umfang online verfügbar und sind auf der Gemeindehomepage verlinkt. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Gemeinderat die Idee dieses Briefversandes mit der Papierdokumentation zu verwerfen und stellt Ihnen den Antrag, das Postulat abzuschreiben.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Lassen Sie mich ein paar Worte sagen. Ich danke für die Ausführungen des Gemeinderates Pfaff. Die Zeit von knapp einem Jahr für die Beantwortung von so einem einfachen Politpostulat ist in meinen Augen nicht kosten- und nutzeffektiv. Die in diesem Fall doppelt verbrauchten Verwaltungskosten hätte man lieber in eine sofortige Einführung gesteckt. Der Gemeinderat stellt im ersten Bericht die Kosten für eine solche Wahlhilfe in Frage. Für nur CHF 5 pro Jungbürger pro Jahr, das heisst für total CHF 6250 pro Jahr, erhält der Jungwähler politisches Wissen und Informationen. Im zweiten Bericht stellt der Gemeinderat den direkten Nutzen in Frage. Wissen ist Macht, und Macht ist Wissen. Das ist der Nutzen von einer solchen Wahlhilfe, und dieser Nutzen ist nachhaltig. Die Jahre zwischen 18 und 25 sind für das politische Verhalten entscheidend. In dieser Zeit entwickelt sich die politische Identität. Man behält diese weitgehend bis ins Erwachsenenleben. Wer bis 25 nicht abgestimmt hat, wird später auch nicht stimmen gehen. Die jetzigen Wahlunterlagen sind für viele, manchmal auch für uns, zu kompliziert, zu komplex und mit zu vielen Fachausdrücken versehen. Wie viele Stimmausweise deswegen im Papierkorb landen, möchte ich nicht wissen. Mit einer neutralen Abstimmungshilfe mit pro und contra ist die Hürde kleiner, weil alles kurz und verständlich erklärt wird. Es gibt kaum eine politische Entscheidung, welche Jugendliche nicht in irgendeiner Konsequenz betreffen. Es muss darum unsere Aufgabe sein, diese spezielle Wählergruppe mit einer Wahlhilfe in jugendspezifischer Sprache zu unterstützen. So kann man die Angst der Jugendlichen vor dem Wählen nehmen und ihnen das Aha-Erlebnis bringen, nämlich dass sie es verstehen, mitreden und mitbestimmen können. Die Information, dass es einen Link auf der Homepage gibt, ist niemandem bekannt. Dass es diesen Link gibt, muss man auch zuerst auf Papier drucken. Ein Link landet schnell im elektronischen Papierkorb, so geht es auch mir. Aber Papier bleibt auf dem Schreibtisch liegen. Die kleine Chance, dass die Information so tatsächlich gelesen wird, kann so massiv erhöht werden. Für mich ist das ein Strategiepunkt für die Gesellschaft und die Politik. Ich stelle den Antrag auf Nichtabschreibung. Wenn das die Mehrheit des Einwohnerrates auch so sieht, dann mache ich einen neuen Antrag auf sofortige Umsetzung auf 1.1.2014.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir haben das in der Fraktion diskutiert. Wir sehen sowohl die Sicht des Gemeinderates und die Sicht des Postulanten. Aus diesem Grund kommt die SVP mit einem Gegenvorschlag zu diesem Geschäft. Gestützt auf die Ausführungen des Gemeinderates haben wir uns klar für eine Variante entschieden, und zwar die, welche sich im Bericht als Favorit gezeigt hat, und zwar die Variante B. Wir sind für die Einführung eines provisorischen Zeitraumes von zwei Jahren. Es ist nur mit einem grossen Aufwand möglich, dass wir die zwischen 18- und 25-jährigen bei jeder Abstimmung herausfiltern. Wir gehen im Schnitt von 1250 Jugendlichen aus. Wenn wir davon 600 nehmen, dann sollte das möglich sein, dass die Hälfte durch den Aufwand, der betrieben wird, an die Urne gelockt wird. Das wären rund 5% mehr Stimmen als jetzt. Wenn im Schnitt nach diesen zwei Jahren eine Zunahme von mehr als 5% da ist, dann sollten wir das ohne weiteres als definitives Angebot im Rat aufnehmen. Wenn es unter den 5% liegt, dann sollten wir es nach zwei Jahren wieder sistieren und es erledigt sich.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Die 5% sind massiv viel. Wenn es bei 2,5% liegen würde, wäre es okay.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Kurz zu den 5%. Ich möchte es gerne konkretisiert haben. 5% im Verhältnis zur Einwohnerzahl? Allschwil wird grösser, wir haben viele Kinder, die gross, dick und fett werden, so wie ich. Wenn die dann auch an die Urnen gehen, dann haben wir die 5%. 5% im Verhältnis zur Einwohnerzahl kann stimmen. Wir haben sehr viele Jungen in der Sek Oberstufe, welche in der Lehre sind. Die werden uns in ein bis zwei Jahren überflügeln in ihrer Stimmfähigkeit.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ja, 5% im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Die 2,5% könnte man sagen, wenn man auf einem einfachen Weg bei der Auszählung die zwischen 18- und 25-jährigen herauszählen könnte. Ich habe das mit Simon angeschaut, er ist im Wahlbüro. Er hat gesagt, dass es gehen würde, aber mit einem sehr grossen Aufwand. Dieser würde die Kosten übersteigen, welche wir für die Wahlempfehlung ausgeben. Darum sind wir schlussendlich auf die 5% gekommen. Damit haben wir 2% Schwankung bei den über 25-jährigen einkalkuliert.

Daniela Werren Kienzler, SP-Fraktion: Es trifft sicher zu, dass Jugendliche viel Zeit im Netz verbringen und sich dort gut auskennen, das ist unbestritten. Sie müssen aber überhaupt auf die Idee kommen und darauf gebracht werden, wie sie eine Wahlhilfe anschauen können. Darum würden wir dies als sinnvolle Chance erachten, auch für den politischen Nachwuchs, den wir alle suchen und dringend nötig haben. Es gibt einen zweiten Grund, weshalb wir das unterstützen. Unabhängig von Susan Vogt hat die Jugendkommission dies evaluiert. Das sind die Personen, welche sich damit am besten auskennen und sich um diese Sachen kümmern. Wenn diese Kommission schon so einen Vorstoss macht, dann möchten wir es unterstützen.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte zuerst etwas zum eigentlich Antrag sagen. Aus Sicht der GLP/BDP-Fraktion finden wir das sehr sinnvoll. So eine Broschüre spricht mich als eine in diesem Saal eher jünger Person an. Ich glaube, es würde bei denen, die wir ansprechen wollen, ankommen. Das Geld, dass wir hier ausgeben, wird nicht unnütz eingesetzt, sondern leistet einen sinnvollen Beitrag. Den Gegenantrag finden wir super, das ist genau das, was wir vorgeschlagen haben. Wir kreieren endlich einmal messbare Ziele, und machen nicht einfach etwas, was wir dann laufen lassen. Wir können den beiden Anträgen in vollem Umfang beipflichten.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Unterstützung und bitte den Präsidenten meinen neuen Antrag zu zeigen. Er geht in die Richtung der SVP. Ich bin auch für eine Probezeit von zwei Jahren mit dem Kostendach von maximal CHF 6250. Das ist der Easyvote-Preis, das ist die momentan bisschen teurere Variante. Ob es dann weitergeht oder nicht, das möchte ich dem Gemeinderat und der Jugendkommission überlassen und mich nicht auf die 5% stützen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich bedaure es, dass offenbar immer weniger Jugendliche hier an die Abstimmungsurne gehen. Wir sollten alles daran setzen, dies zu verbessern. Ich habe allerdings meine Zweifel, ob wir mit dieser Broschüre das Ziel erreichen, dass sich junge Menschen, welche sich bis jetzt nicht für die Politik interessiert haben, dies machen. Ob die Broschüre hilft oder nicht, kann ich nicht sagen, ich bin kein Prophet. Darum unterstützen wir den Gegenantrag von der SVP, nämlich dass wir es probeweise für zwei Jahre einführen und dann das Ergebnis messen.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich unterstütze auf jeden Fall den Antrag der FDP. Den Antrag der SVP sehe ich als schlecht umsetzbar. Ich halte es für utopisch, dass es durch die Broschüre innerhalb von zwei Jahren eine Verdoppelung der Stimmbeteiligung der Jugendlichen gibt. Ich finde die Messbarkeit auch sehr schwierig. Die Wahlbeteiligung fluktuiert immer. Man weiss nicht, ob die Wahlbeteiligung wegen dem Grippe höher ist, oder ob es etwas langweiliges ist, und darum ist die Wahlbeteiligung tiefer. Wir sollten den Entscheid, ob es weitergeführt wird, der Jugendkommission und dem Gemeinderat überlassen, so wie es die FDP-Fraktion in ihrem Antrag formuliert hat.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es geht um einen Schnitt von 5% und das ist sehr wohl, gut und einfach messbar. Man muss immer im Wahllokal die eingelegten Stimmzettel auszählen, davon gibt es eine Prozentzahl, die abgestimmt haben von denen, die abstimmen dürfen. So haben wir die Prozentzahl bereits. Es gibt keinen Mehraufwand, nach jeder Abstimmung weiss man, wie viele Personen mehr oder weniger abgestimmt haben als beim letzte Mal. Es geht um einen Jahresdurchschnitt, der lässt sich ganz einfach ausrechnen. Das sieht man innerhalb von ein paar Minuten auf dem Bildschirm.

Andreas Bammatter, Präsident: Es liegt jetzt an mir, das Geschäft so zu führen, dass wir nachher einen Beschluss haben, der verhebt. Ich stelle fest, dass wir zuerst grundsätzlich entscheiden müssen, ob wir dieses Budgetpostulat abschreiben oder nicht. Darüber sind wir uns einig. Danach haben wir zwei Anträge. Ein Antrag ist von der SVP, befristet auf zwei Jahre mit einer Auswertung, und der zweite Antrag ist von der FDP, auch befristet auf zwei Jahre. Ich bringe jetzt noch etwas ein und denke, das wäre eine ergänzende kleine Variante. Wenn nach zwei Jahren durch die Kommission oder den Gemeinderat entschieden wird, dann stellen sie es ja ins Budget. Dann könnten wir dies nach zwei Jahren mit einem einfachen Antrag dies weiterführen oder ablehnen. Wenn wir jetzt von Prozentzahlen reden und nachher die Basis herausfinden müssen, dann gibt es sicher einen Interpretationsspielraum. Ich möchte beliebt machen, weil wir uns einig sind über die zwei Jahre, dass wir es in zwei Jahren wieder anschauen. Wir stimmen ab. Wenn es keinen Antrag auf abschnittsweise Beratung gibt, kommen wir zu den Anträgen. Die Detailberatung ist beendet. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung nicht abgeschrieben.

Wir kommen zu den Anträgen. Herr Spiegel, halten Sie an Ihrem Antrag fest? Frau Vogt, halten Sie fest an Ihrem Antrag? Gut, dann stellen wir diese Anträge einander gegenüber.

://:

Der Antrag der FDP, Vogt, wird mit 21 Stimmen zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung, gegen den Antrag SVP, Florian Spiegel angenommen.

Ich lese kurz vor: Am 1. Januar 2014 wird für zwei Jahre begrenzt CHF 6250 zur Verfügung gestellt. Die Entscheidung, "welche Wahlhilfe" trifft der Gemeinderat zusammen mit der Kinder- und Jugendkommission. Der Gemeinderat wird die Entscheidung in einer Weiterführung nach dieser Probephase mit der Kinder- und Jugendkommission prüfen und uns berichten.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 23.01.2012, betreffend „Projekt Skulpturenpfad Allschwil“
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4048 / A

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Nein, das ist nicht der Fall.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich möchte nur kurz etwas sagen als Kinder- und Jugendkommissionsmitglied, nicht als Gemeinderätin. Ich möchte mich sehr herzlich für den Entscheid von vorhin danken, das freut mich ausserordentlich.
Zum Postulat Projekt Skulpturenpfad. Endlich ein Projekt für meine Hauptabteilung, über welches wir uns richtig gefreut haben. Unsere Abteilung heisst nämlich: Bildung Erziehung und Kultur. Und das mit der Kultur spüren wir selten. Ich habe mich sehr gefreut über das Einreichen des Projekts und dass es der Einwohnerrat am 23. Mai 2012 überwiesen hat. Sie sehen, dass wir uns sehr viele Gedanken gemacht haben. Meine Mitarbeiterin, Sabrina Meier, ist mit Herzblut dahinter gegangen und hat Ihnen einen Vorschlag gemacht, wie man dies gestalten könnte. Es ist kein Skulpturenpfad, sondern wir würden Ihnen gerne einen Skulpturenführer vorschlagen. Führer ist jetzt nicht gerade mein Lieblingswort, am Titel müsste man noch ein bisschen arbeiten. Wir haben es Ihnen ziemlich genau dargestellt. Ich habe unter anderem hier eine Zusammenstellung von vielen Objekten, die wir in Allschwil haben, mitgebracht. Ich würde es nachher gerne umhergeben, damit Sie einen Eindruck haben, wie viel wir bereits haben, das versteckt ist und man nicht gerade sieht. Wir finden, dass es wertvoll ist, dies gut darzustellen, aufzuzeigen und vielleicht mit Spaziervorschlägen zu zeigen, wo man durchlaufen kann, um die alle zu erreichen. Ich möchte noch kurz darauf eingehen, wie wir uns die Umsetzung vorstellen. Wir haben eine Kostenaufstellung gemacht für eine kleinformatige Broschüre. Wir stellen uns vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, damit alle Leute, die mehr Sachen wissen, welche wir jetzt vielleicht vergessen haben, mitarbeiten können. Wir haben Ihnen auch aufgezeigt, was diese Arbeitsgruppe zu tun hat. Wir würden den Wegweiser auch gerne virtuell zur Verfügung stellen, sodass man ihn im Internet anschauen kann. Wir haben auch aufgezeigt, wie wir uns die Abgabe von dem Skulpturenführer vorstellen. Alles in allem haben wir versucht, etwas kleines Schönes zu machen, wo die Kosten in einem vertretbaren Rahmen sind, um die Kultur in Allschwil sichtbar zu machen. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Andreas Bammatter, Präsident: In Absprache mit dem Vizepräsident darf ich das Geschäft selber machen. Ich habe ihm angeboten, dass er es macht, aber er hat gesagt, dass wir es zusammen machen können. Ich bin der Antragsteller und ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es jetzt so weit ist, dass wir heute Abend darüber beschliessen können. Es ist klein aber fein. Fein ist es, weil unsere Gemeinde würdig dasteht, indem sie ihre Kulturobjekte, ihre Skulpturen, zeigen kann. Es ist etwas Tolles. Gemeinderätin Pausa hat es gesagt, wenn man jemandem etwas in die Hand geben kann, und er kann durch unsere Gemeinde spazieren, meistens sind das Neuzuzüger, dann gibt man ihnen die Gelegenheit unsere Gegend kennen zu lernen. Ich hoffe, dass wir nicht wegen den anderen Lasten, die wir in unserem Departement haben, den Mut verlieren und kleinlich werden und sagen, dass es zwar toll ist, aber dass wir es uns nicht leisten können. Wir müssen das eine tun, aber das andere nicht lassen. Meistens ist es so, dass man das letzte Papier nicht spendet, und auf der anderen Seite relativ viel Geld ausgibt. Ich bitte Sie, diesem Antrag des Gemeinderates zu folgen und Geld zu sprechen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Sind es gemeindeeigene Skulpturen oder geht es auch um private? Es gibt viele Private, welche in ihren Gärten und auf ihren Grundstücken auch Skulpturen haben. Vielleicht wäre es möglich, dies zu integrieren.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Das würde die Arbeitsgruppe angehen. Sie klären ab, ob die Privaten dies sichtbar machen, das ist angedacht.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Im Namen der EVP/Grüne-Fraktion finden wir das Projekt sehr unterstützenswert. Wir denken, dass es ein super Projekt für Co-Sponsoring wäre. Die interessierten Kreise sind auch dazu aufgefordert, Sponsoring zu betreiben. Man könnte sich vorstellen, dass die Gemeinde sagt, wenn 50% via Sponsoring reinkommen, dass die Gemeinde die anderen 50% spricht.

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das ein Antrag, über den wir nachher abstimmen müssen oder ist das ein Vorschlag?

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Da ich heute zum ersten Mal hier bin, würde ich sagen, dass man sich dies einfach mal überlegen soll.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Diese Überlegungen sind bereits da. Wir haben auch Gespräche mit der Bürgergemeinde aufgenommen. Wir nehmen das auf jeden Fall mit und behandeln dies so in der Arbeitsgruppe.

Andreas Bammatter, Präsident: Ist es ein Antrag oder ist es keiner? Gut, es ist kein Antrag.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die Idee von einem Skulpturenpfad, einem Führer oder Skulpturenentdecker ist eine gute Idee. Uns von der FDP stört ein bisschen, und das ist unsere Grundhaltung, die Eigenleistung. Uns fehlt, dass es von Privaten oder von Vereinen kommt. Jetzt ist der Lead bei der Gemeinde. Ich habe mit Herrn Beretta vom Kulturverein und mit Frau Poltera vom Kunstverein darüber gesprochen. In diesen Vereinen ist die Begeisterung nicht allzu gross. Sie haben für das nächste Jahr bereits eigene Projekte. Darum werden einige Mitglieder unserer Fraktion sagen, dass es nice to have ist. Für mich selber ist dies auch so, allerdings hat die ganze Idee etwas, nämlich Allschwil mehr bekannt zu machen, gerade wenn man dies bei Touristenbüros beziehen kann. Später könnte man dies noch ausweiten. Ich möchte jetzt nicht persönlich nein sagen, weil bis jetzt die Privaten noch nicht eingebunden sind. Mein Wunsch ist, dass die Vereine noch viel mehr eingebunden werden, und dass man es so durchzieht.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Du hast Herrn Beretta und Frau Poltera genannt. Sie wurden beide vorgängig angeschrieben, ob sie, falls dies angenommen wird, mitarbeiten möchten. Wir möchten dies möglichst breit gefächert anschauen. Es ist nicht so, dass wir machen, was wir uns ausdenken.

Andreas Bammatter, Präsident: Stellen Sie einen Antrag oder keinen Antrag.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Nein, kein Antrag, das ist ein Wunsch von mir.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nur kurz zum Kultur- und zum Kunstverein von Allschwil. Klar haben diese eigene Projekte, sie haben auch eigene Objekte. Es geht um die Objekte, welche der Gemeinde gehören im öffentlichen oder im zugänglichen Raum. Sachen, welche wir haben und wir als Gemeinde in den letzten 60 bis 70 Jahren angeschafft haben, möchten wir präsentieren als Kulturobjekte, welches damals einen bestimmten Wert hatte. Das möchten wir den Leuten zeigen. Die beiden Kulturvereine machen sehr viel, aber auf eigener Basis und mit ihrem eigenen Material. Es geht darum, was haben unsere Ratsvorgänger, ob Gemeinde- oder Einwohnerrat investiert, um Kultur und Künstler in Allschwil zu unterstützen. Das ist etwas, was in Allschwil gemacht wurde. Wir sollten das nicht vermischen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir in der CVP-Fraktion haben diese Vorlage ausgiebig diskutiert. Wir sind auch der Meinung, dass Skulpturen und Kultur ein wichtiges Gut sind. Auf der anderen Seite haben wir uns den Finanzplan angeschaut, der uns zugestellt wurde. Wie Frau Gürtler dies gesagt hat, ist der Skulpturenführer letztendlich nice to have. In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil können wir uns das schlicht und einfach nicht leisten, weil das Geld dafür nicht vorhanden ist. Die CVP-Fraktion lehnt darum diese Vorlage ab.

Roland Naef, parteilos: Für mich gibt es zwei Empfehlungen. Erstens, dass man zu den Kunstwerken Sorge trägt, das eine oder andere mal putzt, das sieht man auch auf den Fotos. Zweitens könnte man sich mal überlegen, ob nach den vielen Jahren auch wieder einmal etwas neues angeschafft wird. Die CHF 13'500 kann man auch an einem anderen Ort einsparen. Wenn ich das Budget anschau, dann sehe ich viele Positionen, welche man um diesen Betrag reduzieren könnte. Ansonsten finde ich es toll.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Man mag mich jetzt an Erbsenzähler verurteilen. Jetzt wird gesagt, dass es nur CHF 13'500 sind, es waren auch vorhin nur CHF 20'000, inzwischen sind wir schon bei CHF 33'500. Schlussendlich ist es eine Frage der Aufgabe. Wenn Kultur Aufgabe ist, dann ist es die Aufgabe der Bürgergemeinde. Die Bürgergemeinde macht solche Sachen auch. Es ist nicht die Aufgabe, welche wir hier wahrnehmen sollten. Es ist auch nicht die Aufgabe, dass die Gemeinde dies bezahlt. Solche Projekte lassen sich ganz anders finanzieren, es gibt Swisslos, Stiftungen und diverse andere Institutionen, welche solche Sachen finanzieren können. Da müssen wir kein Geld in die Hand nehmen, man muss sich einfach clever darum bemühen, mit Privaten und Eigeninitiativen von anderen Vereinen. So könnte man das realisieren, so wie es auf kantonaler Ebene auch funktioniert. Darum ist diese Vorlage abzulehnen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss ab. Ich sage nicht mehr viel, mein Vorredner hat fast alles gesagt. Wenn es dem Gemeinderat persönlich ein wahnsinniges Anliegen wäre, er darf mich gern korrigieren, wenn ich eine falsche Information habe, dann darf er jedes Jahr CHF 10'000 an ein Kunstwerk ausgeben. Anstatt dass er nächstes Jahr CHF 10'000 für ein Kunstwerk ausgibt, könnte er diese CHF 10'000 für diesen Plan ausgeben. So hätte man dies verwirklicht und kein zusätzliches Geld gebraucht.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Kurz eine Antwort an Roland Naef. Wir haben letztes Jahr ein sehr schönes Bild gekauft, es hängt im Eingang des Gemeindehauses und es ist geputzt. Wir haben das Bild letztes Jahr gekauft. Wir haben dann gesagt, dass wir sparen müssen und haben dies für dieses Jahr nicht in Betracht gezogen. Gelder einfach so zu verschieben, hier spare ich es ein und nehme es für etwas anderes, das geht natürlich nicht.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es wäre auch nice to have, wenn wir Leute in Allschwil hätten, welche „nice-Blicke“ auf tolle Objekte hätten, welche Allschwil hat. Lassen wir das Neu-Deutsch mal weg. Die Bürgergemeinde hat damit gar nichts zu tun. Die Sachen hat sich die Einwohnergemeinde zugetan. Die Einwohnergemeinde ist stolz auf das, was wir haben. Kultur, welche wir uns zugetan haben. Wir haben mit vielen tollen Aufwänden, Leuten, welche wir alle zusammen gross schätzen und auf sie stolz sind, eine Basis gegeben, ihre Ateliers zu bezahlen, um ihren persönlichen und zeitgemässen Ausdruck zu deponieren. Es

geht nicht um die Bürgergemeinde. Kaufen und Erhalten tut die Einwohnergemeinde. Wir haben auch einen Wanderführer und einen Waldführer in Allschwil. Das macht die Bürgergemeinde, aber der Wald gehört nicht der Einwohnergemeinde. Wir können jedes Jahr mit ein paar Franken einen Kulturbeitrag an kreative Leute geben, die ein Zeitzeichen setzen, welches nach uns noch bleibt. Irgendwann höre ich auch auf hier, aber ich hoffe, es bleibt etwas von mir, zumindest auf dem Papier. Wir ehren auch Sportlerinnen, wir ehren Wirtschaftsleute, wir ehren Senioren, wir dürfen auch Kulturschaffende, welche etwas hinterlassen für die nächste Generation, ehren. Es ist die Einwohnergemeinde, nicht die Bürgergemeinde, denkt an die Zukunft. Ich habe gehört, dass man das Geld auch anders einsparen könnte. Wir setzen ein Zeichen. Es ist nice to have to be in Allschwil. Wenige von uns wissen alles, was auf dieser Liste steht, vor allem sicher nicht, was im Bettenacker steht, das zeige ich euch dann am Samstag.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es ist eher ungewohnt, dass sich der Hochbauchef zur Kultur äussert. Ich möchte zwei Sachen sagen. Kunst wäscht den Staub des Alltags ab; Picasso. So ist das auch zu verstehen. Lassen Sie doch den Leuten in Allschwil auf einem Spaziergang irgendwo diese Kunstwerke, für welche wir eine Verantwortung haben, entdecken. Lassen Sie es zu, dass Neuanwohner, Stichwort Standortmarketing, Allschwil schätzen lernen von einer anderen Seite. Noch etwas zum Auftrag der Gemeinde Allschwil. Hier wurde ein Kulturleitbild verabschiedet. Das sagt ziemlich viel aus über die Aufgaben der Gemeinde Allschwil. Man kann nicht hingehen und sagen, dass es keine Aufgabe der Gemeinde ist. Es ist sehr wohl eine Aufgabe der Gemeinde und der Gemeinschaft dafür zu sorgen, dass solche Sachen in einer Gemeinde wie Allschwil möglich sind.

René Imhof, SVP-Fraktion: Kunst ist ja wunderbar und gut und recht. Aber wenn ich am Sonntag mit meiner Frau spazieren gehe in Allschwil, dann muss ich diese Kunst suchen, besonders in den Abfällen, die überall rumliegen. Dort wäre es wichtiger, dass wir dort etwas unternehmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Als Antragsteller erlaube ich mir nochmals etwas zu sagen. Ich habe mich sehr gefreut, dass die Gemeinde etwas macht. Ich habe mich sehr gefreut, dass Franziska Pausa gesagt hat, dass ihr Departement im Titel das Wort Kultur drin hat. Ich stelle jetzt fest, dass hier Widerstände kommen, welche ich zum Teil verstehen kann, weil es Ergänzungen sind. Ich stelle auch fest, dass Gemeinderätin Pausa gesagt hat, dass sie offen sind, Sponsoring anschauen. Es scheint aber das Vertrauen nicht da zu sein, dass wir maximal CHF 13'500 spenden für die grösste Gemeinde des Baselbiets, welche so viele Skulpturen hat, welche von Generationen, wie das Jean-Jacques Winter gesagt hat, angeschafft wurden. Wir möchten es den Leuten anscheinend nicht ermöglichen, dass sie diese auf einem Spaziergang aufsuchen. Ich bitte Sie, dies zu überlegen und dem zuzustimmen, und das Vertrauen zu haben, dass dies gut eingesetztes Geld ist. Viele Leute, welche in Allschwil wohnen, erhalten dafür etwas, woran sie eine Freude haben, etwas, das Allschwil schöner und lebenswerter macht und auch weiter hinausgetragen wird. Baselland-Tourismus und Basel-Stadt erhält auch ein paar, somit sind wir ein Teil von dem, was wir sein möchten, nämlich eine Vorzeige-Gemeinde, und das gehört da auch dazu.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich bin sehr erstaunt über diese Diskussion. Kultur ist ein Element unseres Lebens und unserer Gesellschaft. Jetzt entschuldigen wir uns dauernd, dass es Kultur überhaupt gibt und dass Kultur ein Bestandteil dieser Gemeinde ist. Das ist unglaublich, Kultur darf und soll etwas kosten. Sie trägt viel zur Lebensfreude bei. Ich finde es unglaublich, CHF 13'500 sind doch nicht zu viel für dieses Stück Kultur.

Roland Naef, parteilos: Ich möchte Bruno Gadola, meinen Schwager, unterstützen. Jetzt reden wir 45 Minuten über CHF 6000 und über CHF 13'500 und haben vorher CHF 1'350'000 in 4 Minuten durchgewunken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kultur gehört zur Gesellschaft, sie ist ein Teil der Gesellschaft. Hört jetzt auf zu reden und stimmt diesen CHF 13'500 zu.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Klare Worte. Ich möchte nur kurz etwas ergänzen, ich wurde falsch verstanden. Ich meinte, wenn sich die Bürgergemeinde die Kultur schon auf die Fahne schreibt, dann sollten wir das nutzen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, kein Geld auszugeben, aber das Projekt zu machen. Christoph Ruckstuhl hat es angedeutet, man könnte sogar darüber nachdenken, ob es Private machen. Wieso sind wir denn nicht so schlau, dass wir sagen, dass das Projekt gut ist, aber nur wenn das andere bezahlen.

Wir können die Projektgruppe von mir aus ins Leben rufen, aber wir bezahlen nichts. Wir helfen höchstens beim Suchen, dass es bezahlt wird. Swisslos ist ein Geldgeber, das ist eine einfache Sache.

Andreas Bammatter, Präsident: Wenn kein Antrag vorliegt, dann kommen wir grad zum Antrag der Gemeinde.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Projekt „Skulpturenführer Allschwil“ wird genehmigt.

://:

Das Projekt wird mit 18 zu 17 Stimmen nicht genehmigt.

In diesem Fall erübrigt sich die Abstimmung 2, weil die Kosten nicht dem Konto belastet werden, die Abstimmung 3 erübrigt sich auch.

4. Das Postulat No. 4048 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das Postulat wird mit 18 zu 17 Stimmen abgeschrieben.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich weiss nicht, ob es zu spät ist. Okay, in diesem Fall kommt es zu spät. Die Idee wäre, einen Gegenantrag zu stellen, dass zwar die Projektgruppe ins Leben gerufen wird, aber ohne Kostenfolge, einfach zur Unterstützung. Es wäre ein Signal zur Realisierung des Projekts, aber die Gemeinde spricht kein Geld dafür. Man kann das ohne Gemeindegelder finanzieren. Aber es braucht dazu das Know-how von gewissen Personen, und dagegen spricht nichts. Aber wahrscheinlich kommt dieser Antrag jetzt zu spät.

Andreas Bammatter, Präsident: Es müsste ein Rückkommen sein, und ich selber als Antragsteller finde das nicht in Ordnung. Wenn ihr das für CHF 13'500 nicht haben wollt, dann müsst ihr es auch selber machen. Ihr könnt nicht sagen, dass ihr es wollt und die anderen dann machen lassen ohne Geld.

://:

Das Geschäft wird grossmehrheitlich als Ganzes abgeschlossen.

Ich schliesse die Sitzung und möchte noch eine kurze Anmerkung machen. Wir haben es in der zweiten Sitzung auf vier Traktanden geschafft, plus eine Einleitung. Ihr könnt euch bereits darauf vorbereiten, dass es eine Einschalt Sitzung geben wird, welche morgens um 08.00 Uhr anfängt und abends um 21.00 Uhr aufhört. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE